

# Die höheren Schulen Westfalens und ihre Verwaltung 1945 bis 1946

Ein Beitrag zur Zeitgeschichte

Von Karl-Josef Schulte

## Vorwort

Wer es unternimmt, Geschichte einer vergangenen Zeit zu schreiben, die abgeschlossen zu sein scheint, wie z. B. die Geschichte Maria Theresias, genießt zusammen mit der Liebe zu seinem Gegenstande alle Vorteile der Distanz. Aber er ist nicht dageigewesen, die Menschen des 18. Jahrhunderts waren trotz der gleichen menschlichen Substanz anders.

Wer es unternimmt, Geschichte der eigenen Zeit zu schreiben, befindet sich seinem Gegenstande so nah, daß er dessen Antlitz vielleicht trotz redlichen Müehens nicht in allen wesentlichen Zügen zu erkennen vermag. Aber er ist dageigewesen, die Menschen seiner Darstellung sind ihm ähnlich und nahe zugänglich in expressiven Gesten, Denkweisen, ihrem Wollen, ihren Vorstellungen und Gefühlen, freilich mit der Voraussetzung, daß sie dem Kulturkreise des Verfassers angehören. Er sah und erlitt ihre Sorgen, kannte ihre Nöte, Neigungen und Abneigungen. Er spürte vieles Hintergrundige — und muß nach Distanz trachten, während Spieler und Gegenspieler in ihm lebendig sind. Thukydides ist das gelungen, anderen auch, bis Friedrich Meinecke hin.

Die folgende Arbeit möchte ein Beitrag zur westfälischen Geschichte der eben vergangenen und heute noch wirkenden Ereignisse sein; sie ist primär nicht verwaltungsgeschichtlich; es geht um ein wirkendes Ineinander von Kräften während eines zeitlich kurzen Abschnittes und dabei immer um die höheren Schulen.

Quellen waren an erster Stelle die nicht mehr ganz vollständigen Akten des Schulkollegiums zu Münster, dazu die Erinnerungen des Verfassers und das Technical Manual for Education and Religious Affairs des Military Government Germany vom Februar 1945. Es wird künftig zitiert als Tmera. Dies säuberlich durchdachte und gegliederte Büchlein will den englischen Erziehungsoffizieren Empfehlungen oder Richtlinien (suggestions) für ihre Arbeit im besetzten Deutschland geben. Sein Verfasser, A. E. Grasset, kannte unser Land so gut, wie es ein Engländer im Februar 1945

vermochte. Grasset schreibt klug und maßvoll und blickt weit nach vorn. Aber die schier zahllosen Nuancen und Variationen im geistig-politischen Denken und Fühlen der Deutschen von 1933 bis 1945 konnte er nicht erkennen. Sein Büchlein wurde das täglich befragte Handbuch der Education Officers – mit seinen Vorzügen und generalisierenden Urteilen, ein Büchlein der Faustregeln.

Zum 10. Abschnitt hat Oberschulrat Gerhard Bruchmann Wertvolles beigesteuert.

Die Engländer haben ihre Akten mitgenommen und geben sie, mindestens an Ausländer, nicht zur Bearbeitung frei (amtliche Mitteilung des Britischen Generalkonsulats in Düsseldorf vom 19. Februar 1959). Die nachfolgende Untersuchung läßt erkennen, wieviel von Gedanken und Taten der Militärregierung in den deutschen Akten steckt; aber aus ihnen kann nicht erschlossen werden, wieviel an Wertvollem jetzt noch oder immer fehlt. Dieser Mangel darf aber nicht dazu verführen, die Bearbeitung der vorliegenden Quellen zu verschieben, weil außer dem Verfasser nur noch Oberregierungsrat Melsheimer und Frau Oberschulrätin Dr. Bolwin die Jahre, um die es geht, an leitender Stelle miterlebten.

Immer ist zu bedenken, daß Akten wie auch andere Quellen nur das komprimierte Ergebnis gedanklicher Reihen festhalten und der Stil so eng und dicht geworden ist, daß der Leser die Interlinearversion vollziehen muß, um lebendiges Feuer zu spüren. Das gilt besonders für die Niederschriften des Verfassers nach Verhandlungen mit den Engländern; sie sind unter der Sicht von 1945/46 zu lesen.

Die Geschichte des westfälischen Schulkollegiums ist vielen in ihren Hauptdaten unbekannt. Diese müssen hier erwähnt werden, weil ohne sie die Besonderheit der Akteure in der nachfolgenden Abhandlung nicht verstanden werden kann.

Bis zum Jahre 1810 gab es in Preußen Oberschulkollegien. Im gleichen Jahre wurden diese aufgehoben und dem Ministerium für Inneres, Abteilung für den Kultus und öffentlichen Unterricht, zugewiesen.

1815 wurde das Gebiet des preußischen Staates in zehn Provinzen geteilt; in einer jeden wurde durch die Verordnung vom 30. April 1815 (Gesetzessammlung 1815, § 3, Ziffer 5) die Leitung des Kultus und des öffentlichen Unterrichtes dem jeweiligen Oberpräsidenten anvertraut. In § 4 dieser Verordnung wird gesagt, die Oberpräsidenten sollten keine Mittelinstanz zwischen den Ministerien und Regierungen, sondern besondere Kommissare des Ministeriums sein. Für Kirchen- und Schulangelegenheiten wurde am Residenzort des Oberpräsidenten ein Konsistorium geschaffen. Der Oberpräsident war in Personalunion der jeweilige Präsident des Konsistoriums (Verordnung vom 30. April 1815 — Gesetzessammlung 1815, S. 85).

Durch Kabinettsorder vom 3. November 1817 (Gesetzessammlung 1817, S. 289) wurde die Kompetenz für die Konsistorien vom Ministerium des Innern dem neu aufgebauten Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten übertragen.

Am 31. Dezember 1825 wurden durch Allerhöchste Kabinettsorder die Konsistorien geteilt: der eine Teil war künftig für die geistlichen Angelegenheiten zuständig, der andere als „Provinzialschulkollegium“ für die höheren Schulen einer jeden der zehn Provinzen (Gesetzessammlung 1826, S. 5).

In dieser Verfassung blieben die Provinzialschulkollegien von 1825 bis 1932, also 107 Jahre, in denen Preußen sich vom Absolutismus des Königs über die konstitutionelle Monarchie zur parlamentarischen Demokratie und Republik entwickelte. Aus dieser Tatsache der *stabilitas loci et ordinis* über tiefe innenpolitische Zäsuren hinweg darf auf die innere Richtigkeit und Gemäßheit dieser Behörde geschlossen werden.

1932 wurden die Provinzialschulkollegien dem jeweiligen Oberpräsidium eingegliedert und fortan als „Abteilung für höheres Schulwesen“ bezeichnet (Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 1. September 1932 – Gesetzessammlung 1932, S. 283). Wie man 1956 über diese Eingliederung dachte, wird aus einem Satze im unveröffentlichten Berichte des Landesrechnungshofes über die Schulkollegien in Düsseldorf und Münster deutlich: „Entgegen der vielfach in die gesetzliche Regelung gestellten Erwartung wurde die Einheit der Schulaufsicht auf der mittleren Ebene nicht herbeigeführt.“ Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges blieb das ehemalige Provinzialschulkollegium zu Münster dem Oberpräsidium als „Abteilung für höheres Schulwesen“ eingegliedert. Von 1946–1959 blieb die Behörde unmittelbar dem Kultusminister unterstellt; dann wurde sie (1959) gemäß § 16 des Schulverwaltungsgesetzes vom 3. 6. 1958 dem Regierungspräsidenten von Münster angegliedert.

### 1. Von Driburg nach Münster

Das Oberpräsidium der Provinz Westfalen war im November 1944 aus der Ruinenstadt Münster nach Driburg umgezogen.

Dort ging die Arbeit für die höheren Schulen Westfalens ihren Gang, soweit noch Verbindungen zwischen der Abteilung für höheres Schulwesen und den Schulen in Westfalen, besonders ihren Ausweichstellen in Pommern, Bayern usw. bestanden. Weil diese Verbindungen von Tag zu Tag schlechter funktionierten, blieb es im ganzen bei der guten Absicht. Oberschulrat Dr. Ites hat es aber auch in Driburg als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Prüfungsamtes fertiggebracht, Staatsexamina abzuhalten. Er war es auch, der im Mai 1945 auf eigene Verantwortung hin, ohne Nein und ohne Ja seiner oberschulrätlichen Kollegen, mit einem Zug von Lastkraftwagen, dem andere folgten, Akten und Möbel durch Not und Jammer der Trecks hindurch nach Münster zurückbrachte. Ites handelte aus Sorge um die Akten, aus der viel tieferen Sorge um die höheren Schulen Westfalens, deren Treuhänder er nun allein geworden war, während die übrigen Oberschulräte in Driburg abwarteten, was mit ihnen geschehen werde (Mitteilung von Ites, 17. Oktober 1958). Im dachlosen, zerbombten Oberpräsidium am Hinden-

burgplatz luden amerikanische Soldaten die Aktenbündel ab, die nun ungeschützt längs des breiten Korridors im Untergeschoß lagen, bis sie bald darauf in das alte Lazarett im Norden des Hindenburgplatzes gebracht wurden.

## 2. Beamte ohne Behörde im alten Lazarett und Oberpräsidium; erste Widerstände

Als Ites zurückkehrte, gab es schon in Münster eine britische Abteilung „Education and Religious Affairs“ (Edn). Sie übte auf Grund der Zoneneinteilung, die am 5. Juni 1945 in Potsdam unter den Siegermächten abgesprochen wurde, für ihren räumlichen Sektor, die Provinz Westfalen, und für ihren Kompetenzbereich die Regierungsgewalt im Auftrage der Sieger aus.

Bald nach dem Zusammenbruch hatten die Engländer versucht, den Kern einer ihnen untergeordneten deutschen Provinzialverwaltung zu bilden, die sich widerspruchslos Provinzialregierung nannte. Auf dem Platz vor dem früheren Generalkommando wurden an jedem Morgen die vier Flaggen der großen Sieger aufgezogen, bis es 1946 nur drei waren.

Aber schon hatten sich, etwa zur Zeit der Ankunft von Ites, neben der englischen Dienststelle 307 (P) Military Government Detachment für die alten Bezirksregierungen drei andere englische Verwaltungsstellen eingerichtet: für Münster in Warendorf 110 Regierungsbezirk Military Government Detachment, für Arnberg 917 Regierungsbezirk Military Government Detachment, für Minden 507 Military Government Detachment, dazu für die beiden Länder Lippe 121 L Military Government Detachment<sup>1</sup>.

Daß diese Detachments mit ihren deutschen Beamten schon an der Arbeit waren, konnten Ites und der nach wenigen Tagen zu ihm gestoßene Justitiar, Oberregierungsrat Melsheimer, bald feststellen. Die vier britischen Detachments in der Provinz und in Lippe waren wohl auch im Besitz der Tmera und der Richtlinien, die jedenfalls vor dem Juli 1945 dem münsterischen Regierungsvizepräsidenten Klein als damaligem Leiter auch des Oberpräsidiums zugestellt worden waren und sich über die Absichten der Militärregierung mit den Schulen, also auch mit den höheren Schulen, aussprachen. Die Weisungen an Klein liegen in englischer Sprache vor und sind nur in einem Auszuge zugänglich. In ihm aber befindet sich der für die Schulen wichtige Abschnitt 20; er lautet:

„1. Education and religion.

... Our policy will be:

a) to close all schools,

b) to reopen all schools (other than set forth here under) as soon as Military Government is satisfied that all members of the Nazi Party or strong Nazi

<sup>1</sup> Am 27. September 1945 teilte die Militärregierung mit, daß die Befugnisse des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nicht auf den Oberpräsidenten übergegangen seien, soweit sie die beiden Länder Lippe betrafen; diese Befugnisse übe die Militärregierung selbst aus.

sympathisers have been removed from the Teaching staff, and suitable textbooks have been provided.

- c) to require the civil head of the administration area to guarantee that no pro-Nazi or militaristic doctrine is taught in the schools thus opened.“

Die Instruktionen an den Oberpräsidenten Amelunxen vom 31. 7. 1945 sagen in deutscher Übersetzung unter Nr. 20:

„Es ist sehr wünschenswert, daß die Schulen in Gang bleiben, um die Bedrohung von Ruhe und Ordnung durch zahlreiche junge Landstreicher einzuschränken. Andererseits ist heute das deutsche Erziehungssystem eine der stärksten Waffen der Nazi-Propaganda, deshalb wird unser Weg sich wie folgt darstellen:

- a) ...  
b) ... } (siehe die Anweisung an Klein)  
c) ...

... Alle nationalsozialistischen Parteiorganisationen an Schulen und Universitäten sind abzuschaffen, ihre Akten und ihr Eigentum zu beschlagnahmen. Alle nationalsozialistischen Schulen, Adolf Hitler-Schulen, Napolas und Ordensburgen werden in gleicher Weise abgeschafft.“

Daß dieser Punkt 20 der allerletzte der umfangreichen Instruktion ist, ist nicht ohne Reiz. Aus dem einleitenden Satze ergibt sich, daß die Militärregierung die Gefahr erkannte, die in der fraglichen Existenz von vielen tausend Jugendlichen ohne Schule und Studium lag. Die Empfehlung der Tmera (S. 21), die Jugendlichen zu Gruppen zusammenzufassen und sie beim Bergen von Geräten, bei Aufräumarbeiten usw. einzusetzen, konnte nur selten durchgeführt werden.

Der erste Satz der policy, die Schulen zu schließen, war bereits durchgeführt, als er geschrieben wurde; denn in Westfalen gab es im Sommer 1945 wohl keine Schule, in der unterrichtet wurde, zum mindesten keine höhere Schule von den 205, die am 1. Dezember 1943 der Abteilung für höheres Schulwesen unterstanden, eine Zahl, in der die 10 Lehrerbildungsanstalten des nationalsozialistischen Regimes eingeschlossen sind; diese unterstanden vom 1. September 1942 bis zum 4./5. September 1945 der Abteilung. Heute gibt es in Westfalen 212 höhere Schulen.

Da also der erste Programmpunkt, to close all schools, bereits erledigt war: was hatten denn in den Monaten Juni und Juli 1945 die zentrale englische Abteilung und die ihr untergeordneten 3 Abteilungen in den 3 Regierungsbezirken mit den höheren Schulen im Sinn? In der Zentralstelle in Münster, die sich ja auch mit kirchlichen Fragen und den Hochschulen abgab, fehlte der deutsche Partner für die höheren Schulen. Deshalb ermächtigte sie, in getreuer Beachtung der Tmera-Anweisung (Tmera S. 18 f) schlichthin ihre Detachments in Arnsberg, Minden, Münster-Warendorf und Lippe, sich zunächst auch der höheren Schulen anzunehmen. Am 18. Juni 1945 wird der Regierungspräsident Münster von 110 Regierungsbezirk Military Government Detachment angewiesen, „information“ auch über die höheren Schulen zu sammeln, „die, wie man weiß, früher Ihnen nicht unterstanden..., so daß sie dem zuständigen Beamten des Oberpräsidenten, wenn er ernannt ist, überreicht werden kann“. Die Tmera empfahl wegen der Unübersichtlichkeit der Schulkompetenzen, für die erste Phase der Be-

setzung den Oberbürgermeistern und Regierungspräsidenten die Sorge für alle Schulgattungen zu überlassen.

Nach der Anweisung Nr. 1 der Militärregierung in der Fassung vom 7. Juli 1945 waren die Oberschulräte und der Justitiar zwar als natürliche Personen Beamte, aber eine deutsche, anerkannte Schulabteilung gab es noch nicht. Die englische Abteilung ‚Edn‘ kannte diese Beamten und tolerierte deren Arbeit monatelang gern; tatsächlich taten sie ihren Dienst als kollegial organisierte Abteilung für höheres Schulwesen.

Für den Regierungsbezirk Arnsberg gab der Regierungspräsident Fries einen Erlaß heraus, nach dem die höheren Schulen den Kreisschulräten, d. h. seiner Verwaltung unterstellt wurden (Bericht des Verfassers an den Oberpräsidenten vom 11. August 1945).

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Gelegenheit, jetzt auch die höheren Schulen zu betreuen, da in Münster der deutsche Partner für die britische Zentralstelle noch fehlte, den Regierungspräsidenten unerwünscht kam. Es lag nahe, dem alten Gedanken zu folgen, in den Bezirksregierungen die Verwaltung aller Schularten zu vereinigen, denn „Sonderbehörden“ sind den Deutschen mindestens seit dem Ende des ersten Weltkrieges unbequem und von vornherein etwas verdächtig (s. o. Seite 141, Bericht des Landesrechnungshofs).

In diesen Zusammenhang gehört es, daß sich die britische Erziehungsabteilung zu Münster in diesen wirren Monaten redlich darum bemühte, deutsche Beamte für die Abteilung „höheres Schulwesen“ zu gewinnen. Dennoch kamen zu dem ersten Oberschulrat, der aus Driburg heimgekehrt war, im Juli und August nur noch zwei andere, Heinrich Keisker und der Verfasser.

Nach wenigen Tagen erkannten sie die Gefahr, daß die Verwaltung der höheren Schulen Westfalens ihnen entglitt. Sofort wirkten sie beim neuen Oberpräsidenten Amelunxen, seinem Stellvertreter, Regierungspräsidenten Freih. v. Oer, und dem Leiter der englischen Abteilung Edn dahin, dies Rutschen aufzuhalten; neben dem geschichtlichen Moment, daß die höheren Schulen seit Humboldts Zeiten eine eigene Verwaltung gehabt hätten, wiesen sie eindringlich auf das Anderssein und die Eigenständigkeit des höheren Schulwesens gegenüber Volks-, Real- und Berufsschulen hin: eine höhere Schule arbeite „in wissenschaftlicher Absicht“ und führe zur Hochschulreife.

Diese Bemühungen hatten Erfolg; am 28. Juli 1945 kam ein Erlaß des Oberpräsidenten an die Leiter und Leiterinnen der höheren Schulen heraus, der zwischen den Zeilen in die chaotischen Wirren dieser Monate hineinblicken läßt:

„Von Städten, anderen Körperschaften und Verwaltungsstellen sind in Dingen des höheren Schulwesens Anordnungen getroffen worden, für die allein meine Abteilung für höhere Schulen zuständig ist. So sind Leiter und Lehrer von höheren Lehranstalten von Bürgermeistern als entlassen erklärt und andere an ihre Stelle gesetzt worden, staatliche Schulgebäude beschlagnahmt und anderen Zwecken zugeführt worden.

Ich bin zwar bereit, derlei Maßnahmen in begründeten Fällen nachzuprüfen und dann von mir aus zu entscheiden, muß aber grundsätzlich darauf hinweisen, daß solche Anordnungen, wie ich sie oben erwähnt habe, ohne meine Genehmigung

erfolgt sind und der Rechtsgültigkeit entbehren. Für das höhere Schulwesen der Provinz ist nach wie vor der Oberpräsident und in seinem Auftrage die entsprechende Abteilung zuständig, desgleichen für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung.“

Dieser Erlaß brachte endlich Klarheit für alle Lehrer der höheren Schulen; erst durch einen neuen Erlaß vom 27. August 1945 vernahmen sie mit Erstaunen, daß der frühere vom 28. Juli aufgehoben sei; die Abteilung Edn hatte seine Zurücknahme verlangt, weil sie formal die deutsche Abteilung damals noch nicht anerkannt hatte. Aber die Arbeit in der Zeit vom 28. Juli bis zum 27. August hatte der deutschen Zentralstelle für höhere Schulen in Westfalen ihre Autorität weithin zurückgegeben, freilich nur *de facto*, non *de jure*.

### 3. Lehrer als Arbeitslose und Handarbeiter

Die englische Militärregierung hatte sich das Ziel gesteckt, alle Lehrer zunächst einmal vom Unterrichte fernzuhalten; sie wußte ja doch, daß *fast* alle mehr oder weniger mit der NSDAP und deren eng oder locker angeschlossenen Gliederungen zu tun gehabt hatten. Dieses Ziel der Schulpolitik war durch die Bomben bereits total erfüllt (s. Seite 142).

Aber die Militärregierung sperrte auch das Gehalt aller Beamten nach dem schlichten Satze: Wer nicht arbeitet, erhält keinen Lohn. Warum? Im Abschnitt 20 der an Klein und Amelunxen gerichteten Anweisungen steht von einer solchen generellen Gehaltssperre nichts. Diese Maßnahme war auch durch die Rücksicht auf die der Militärregierung damals noch undurchsichtige Finanzlage nicht ausreichend begründet, obschon zu den wichtigen Ausgaben von Staat, Städten und Kreisen die Gehälter der Beamten gehörten. In der Anordnung 110 an den Regierungspräsidenten in Münster (Military Government Detachment vom 14. Juni 1945 – Nr. 110/143 p2) heißt es: „Angesichts der ernststen Finanzlage der öffentlichen Behörden darf kein Beamter in der Gehaltsliste geführt werden, falls er nicht beschäftigt ist.“

So ergingen vom Oberpräsidenten und den drei Regierungspräsidenten Westfalens in der Zeit vom 19. Mai bis zum 15. Juni 1945 Erlasse, die grundsätzlich die Gehaltssperre über alle Lehrer verhängten.

Während aber die Anordnung im Arnberger Erlaß alle Lehrer noch dazu *suspendierte*, die nicht „unterrichten“, sprechen die des Oberpräsidenten, der Abteilung Education in Münster und auch die der Bezirksregierungen Münster und Minden wohlweislich nicht von Suspension. Gerade sie aber löste im Regierungsbezirk Arnberg Grimm und Erbitterung aus. Die Lehrer hatten ja mehr oder weniger deutlich den § 78 der Reichsdienststrafordnung vom 26. Januar 1937 im Sinne (vgl. S. 634 ff bei Wittland, Reichsdienststrafordnung, Zweite Auflage, W. de Gruyter, Berlin 1941).

Der zitierte Paragraph lautet:

„Die Einleitungsbehörde kann einen Beamten vorläufig des Dienstes entheben, wenn das förmliche Dienststrafverfahren gegen ihn eingeleitet wird oder eingeleitet worden ist.“

Von einer vorläufigen Dienstenthebung ganzer Beamtengruppen ist in der Dienststrafordnung, die für die Beamten 1945 galt, überhaupt keine Rede. Das gilt auch für die Disziplinarordnungen von 1932 und 1852. Gewiß, es war leider noch Krieg, aber die Lehrer erwarteten nach der Kapitulation von der Militärregierung und den ihr zugeordneten deutschen Dienststellen, daß nicht nach dem Unrecht der vergangenen 12 Jahre neues Unrecht geschähe. In einer Dienstenthebung aller Lehrer in Bausch und Bogen sahen sie ein solches Unrecht. Auch in der Tiera ist von ihr keine Rede.

Der frühe Arnsberger Erlaß vom 19. Mai 1945 setzte aber auch „Tätigkeit im Schuldienst“ mit „Unterricht“ gleich; die übrigen Erlasse englischer und deutscher Dienststellen der Schulverwaltung mieden diese Gleichung und sprachen, manchmal zwischen den Zeilen, von Tätigkeit im Interesse der Schule. Damit ermöglichten sie, manchen Lehrern das Gehalt zu zahlen, die nicht unterrichteten.

Nach Unterabschnitt 4 f der Anweisung der Militärregierung an deutsche Beamte in der Fassung vom 7. Juli 1945 verlieren Beamte und Angestellte, die nicht beschäftigt werden, ihre Rechte, sofern sie nicht vor dem 31. Dezember 1945 wieder eingestellt werden und ihren Dienst aktiv wieder aufnehmen. Ein Erlaß des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz vom 13. Februar 1946 verlängerte diese Frist bis zum 31. März 1946. Das war eine klare und besonnene Sprache; wer bis zum 31. März 1946 wieder beschäftigt wurde, verlor seine Beamtenrechte nicht. Den Nichtbeschäftigten wurden nach diesem Termin im gegebenen Falle die Beamtenrechte neu verliehen.

Sonach fristeten auch unsere Lehrer, die weniger leicht in fremden Behörden und Büros unterkriechen konnten als andere Beamte, seit dem Sommer 1945 ihr Leben durch ihrer Hände Arbeit: Sie räumten Trümmer weg, reinigten Ziegel zur späteren Verwendung, sammelten Holz und suchten Kartoffelkäfer, die sich zu Gunsten der hungernden Lehrer damals überreichlich einstellten.

Wer Privatstunden erteilen konnte, sah darin ein besonderes Glück.

Hier fügt sich hübsch ein Satz aus dem englischen Erlaß vom 14. Februar 1946 vom Hauptkontrollamt Abteilung Ernährung und Landwirtschaft an: „1. Die Geschichte des Kartoffelkäfers zeigt, wie leicht sich diese Seuche den Verhältnissen anpassen vermag“.

Andere retteten Bücher ihrer ehemaligen Schule aus dem Schutt und waren erfinderisch, so zu arbeiten, daß ihr Tun mit Schularbeit zusammenhing, wenn auch von ferne. Wer in dieser Weise den Tag nützlich verbrachte, galt als Arbeiter für die Schule und konnte bezahlt werden. Die von der Gehaltsperre Betroffenen fanden sich z. T. also allmählich aus der Schlinge heraus und arbeiteten Tag für Tag in den Steinwüsten. Das ging wohl auch mit Humor: Einmal hockten ein paar Mathematiker münsterischer Schulen zwischen den Steinen und kratzten in den Kalk einer geborstenen Mauer Kurven, Chiffren und Zahlen, wobei sie die Klumpen alter Ziegel über ihren Problemen vergaßen.

Aber über die große Zahl der Lehrer und anderen Beamten, die keine ihnen halbwegs entsprechende oder gar keine Arbeit fanden, die keine Ersparnisse verzeihen konnten und darüber wirklich in eine Hungersnot gerieten, ist keine Statistik geführt worden.

Wegen der Ruhestandsbezüge kam es zu einem zähen und langwierigen Hin und Her in den Verhandlungen. Am 9. August 1945 wird klargestellt (Finanzanweisung Nr. 16 der Militärregierung vom 3. Juli 1945), „daß Ruhegehalts-, Witwen- und Waisengeldempfänger, sofern sie nicht aktive Nazis oder Nazianhänger waren, ihre vollen Bezüge erhalten dürfen.“ Ruhegehaltsempfängern aus Westfalen, die sich damals in der russisch besetzten Zone aufhielten und „die sich meist in bitterer Notlage befinden“, sollen Vorschüsse gezahlt werden, doch nur, soweit die Finanzlage es gestattet (Erlaß des Oberpräsidenten vom 9. August 1945). Die Kassen in Westfalen aber bekamen kaum Verbindung mit denen jenseits der Elbe. So gab es noch viele Auseinandersetzungen über die Zahlung von Ruhegehältern auch deswegen, weil die oben knapp zitierten Weisungen weit oder eng interpretiert werden konnten.

#### **4. Die Anerkennung der Abteilung für höheres Schulwesen Westfalens am 4. September 1945**

Schon im Mai 1945 hatte Oberschulrat Dr. Ites mit der Abteilung Edn Fühlung aufgenommen. Er teilte dem Verfasser mit, daß er mit dem Leiter der Abteilung, Major Savage, gut ausgekommen sei. Es handelte sich ja bei diesen ersten Besprechungen um Präliminarien. Am 13. Juli stellte Ites dem Major Savage den Verfasser vor, der 1930 zum Oberschulrat ernannt und 1937 degradiert worden war. Zum Unglück mußte Ites kurz darauf auf Anordnung der Militärregierung ausscheiden, wohl deshalb, weil man es mißbilligte, daß er von 1934 bis 1945 im Amte des Oberschulrats geblieben war, obwohl er kein Parteigenosse gewesen war. Ites selber hat trotz seines Fragens den Grund des „dismissed“ nicht erfahren. Erst gegen Mitte August begann Dr. Heinrich Keisker seine Arbeit, dessen Ernennung zum Oberschulrat von der Militärregierung am 29. August 1945 genehmigt wurde. Daß er trotz dieser Genehmigung erst am 17. März 1947 von der Abteilung 110/Edn 846 als Lehrer ‚zugelassen‘ wurde, wenige Tage vor seiner Pensionierung, zeigt hübsch das Durcheinander dieser Jahre. Am 16. Oktober 1945 wurde die vorläufige Beschäftigung der Oberschulrätin Dr. M. Bolwin genehmigt, Anfang 1946 die von Oberschulrat Goldmann.

Keisker und der Verfasser gingen kräftig an die Inventur des Chaos heran und kamen auch dank der klugen und schnellen Mitarbeit einiger Studienräte und Assessorinnen fast ruckweise vorwärts. Die engen und dunklen Flure des alten Lazaretts waren täglich mit Besuchern aus der Provinz überfüllt; sie berichteten über den Zustand der Gebäude, über Lehrer und Schüler und erhielten Auskunft, Rat und erste Hilfe für die kommenden Monate, so teuer Rat und Hilfe damals auch waren.

Die englische Abteilung Edn tolerierte im Juli und August diese vielfältigen Bemühungen der wenigen deutschen Schulverwaltungsbeamten, weigerte sich aber, sie als Behördeneinheit unter dem Oberpräsidenten anzuerkennen.

Ein Erlaß der Abteilung Education (307 P Military Government Detachment) vom 24. Juli 1945 besagt unter Nr. 3: „No new department of education has as yet been authorized.“ Am gleichen Tage legte Amelunxen seinem Vertreter folgende Notiz vor:

„Vorläufig soll ein Leiter für die Abteilung nicht bestellt werden. Jedoch soll im Verhältnis der Schulabteilung zum Oberpräsidium Herr Oberschulrat Dr. Schulte der Alleinverantwortliche für höhere Schulangelegenheiten sein. Nach außen hin soll diese Stellung des Herrn Schulte nicht in die Erscheinung treten.“

Jeder einzelne war für die Engländer ein Beamter auf Probe (on a temporary basis; Tmera S. 19); jedem von uns wurde auch nach der Anstellung schriftlich erklärt, daß er entlassen werden könne, wenn seine Leistungen nicht befriedigten. Der Verfasser drängte den Oberpräsidenten und auch die Abteilung Edn, diesen Schwebezustand bald zu beenden, weil er die Zusammenarbeit mit den Briten auf gelegentliche Aussprachen beschränkte und die deutschen Beamten formlos arbeiteten<sup>2</sup>.

Dieser status nascendi wurde erst am 4. September 1945 beendet. In der von Savage unterzeichneten Niederschrift von diesem Tage heißt es: „The Department of Secondary schools at the Oberpraesidium Münster is recognized by Mil Gov as existing.“

Gleichzeitig wurde der Verfasser von der Militärregierung zum Leiter der deutschen Abteilung für das höhere Schulwesen Westfalens bestellt.

Schon im Herbst dieses Jahres drängte der Oberpräsident darauf, die Zahl der Oberschulräte, deren es im Oktober ja nur drei gab, schnell zu vermehren, weil auch er in der geringen Zahl mit Recht *einen* Grund für die Verzögerung sah, die Schulen wieder zu eröffnen. Aber nur wenige Schulleute taugten zu dem schweren Geschäft des Oberschulrats, zumal nur Nichtparteiengenossen präsentiert werden durften. Freilich ist der Gedanke nicht abzuweisen, daß der Verfasser in der damaligen Situation von seinen Mitarbeitern vielleicht zu hohe Qualitäten verlangte. Aber wenn er wegen der Besetzung einer Oberschulratsstelle in diesen Jahren nach dem Zusammenbruch unverbindlich anfragte, so erhielt er öfter eine dankbare Absage. Wer wollte denn schon in das zertrümmerte Münster ziehen? Das konnte ein Verheirateter nur unter großen Opfern, und seine Familie mußte er jedenfalls an dem früheren Wohnorte zurücklassen.

Dies Opfer nahm Oberschulrat Friedr. Müller auf sich; die Genehmigung der Militärregierung für ihn ist datiert vom 8. Januar 1946. Dieser

<sup>2</sup> Noch am 25. August hatte die Abteilung Education den 2 Oberschulräten untersagt, etwas anderes zu tun als „Informationen“ zu empfangen und zu erteilen. Da schon nach 10 Tagen die deutsche Abteilung von der Militärregierung genehmigt wurde, ist aus ihrem Verhalten eine gewisse Unstetigkeit herauszulesen.

tiefdenkende, stets heitere Mann starb am 5. August 1947 zu Minden; 1½ Jahre hatte er armselig in Münster gehaust. Im Juli 1946 traten die Oberschulräte Dr. Bohlen und Bruchmann ihren Dienst an.

## 5. Die britische Abteilung Education und ihre deutschen Partner

Die Abteilung Edn in Münster nahm ihre Pflicht, als Mitinhaberin der Souveränität auch für die höheren Schulen Westfalens zu sorgen, von Anfang an ernst. Nicht nur dem Oberpräsidenten, sondern auch sich selbst hatten die Briten unter „Allgemeines“ Nr. 5 die Richtlinien gezogen:

„Die Militärregierung wird die deutsche Verwaltungsmaschinerie kontrollieren, aber sie wird sie nicht betreiben, es sei denn, daß direkte Verwaltungstätigkeit notwendig ist.“

Tatsächlich aber hat die englische Abteilung die sog. Entnazifizierung, von der noch zu reden sein wird, selbst in die Hand genommen. Mit ihr hing die Wiedereröffnung der Schulen unlöslich zusammen, weil für den Unterricht nur solche Lehrer eingesetzt werden durften, die von der Militärregierung zugelassen worden waren. Doch der Fragenkomplex dieser Wiedereröffnung war so vielfältig, daß die Militärregierung sich mehr und mehr auf verständnisvolle und genaue Kontrolle beschränkte und zusah, wie die deutsche Initiative seit dem Tage der formellen Anerkennung der Abteilung vorwärts drängte, besonders seit dem Beginn des Jahres 1946.

Daß der Leiter der englischen Abteilung Education, Major Savage, und seine Mitarbeiter die Entnazifizierung zum größten Teil selber durchführten, ist verständlich; sie trauten im Sommer 1945 ihrem keineswegs fehlerlosen Handbüchlein Tmera mehr als dem ihnen noch unbekanntem Verfasser.

Savage hielt sich an seine Richtlinien: to close the schools — to reopen the schools; war er doch ein fester, schwerer, aber nicht schwerfälliger Mann, knapp, klar, Soldat. Er wich nicht von seinem Wege ab. Es fiel ihm nicht ein, daß er vielleicht auch von dem deutschen Partner lernen konnte. So verhandelte er dienstlich, immer höflich, mit ganz seltenem Lächeln; ein Gespräch jenseits der dienstlichen Themen über die Jahre zuvor oder künftige Ziele gab es mit ihm nicht. Seine betonte Distanz, welche die Zurückhaltung des deutschen Partners wiederum vermehrte, minderte sich später nur um ein Geringes, weil die Ansichten von Savage und die des Verfassers besonders über die Wiedereröffnung der westfälischen höheren Schulen auseinandergingen; aber stets war Savage bestrebt, von seinen Maßen und Meinungen her dem Verfasser gerecht zu werden. Als dieser sich im Frühjahr 1946 durch anonyme Briefe in einer widrigen Lage befand, brach das Eis. Und gerade Savage trat für ihn in einer öffentlichen Versammlung herzlich ein, fast um einige Grade zuviel. Zuverlässigkeit war ein Grundzug im Wesen des schwer zugänglichen Mannes. Diese knappe Skizze von der Persönlichkeit des Leiters der Abteilung Edn beruht auf schriftlichen Quellen und geprüften Erinnerungen; sie muß bereichert

und vertieft werden durch die Erinnerungen von damals führenden Persönlichkeiten in Westfalen.

Auch die Mitarbeiter von Savage im Jahre 1945, voran Hauptmann Chrystal, besaßen korrekte und schließlich auch angenehme Umgangsformen. Mit ihnen waren Gespräche über den einzelnen Verhandlungsgegenstand hinaus möglich und förderlich.

Die Deutschen hatten es mit den Briten nicht leicht, aber auch diese mit den Deutschen nicht; denn auch die Deutschen trugen in sich deutliche Werte und sahen Wege ins Freie, von denen sie nicht lassen konnten. Beide Partner mußten sich schließlich in der Sache zusammenfinden, obwohl das deutsche Schulwesen der Abteilung Edn in den äußeren und inneren Lebensformen unbekannt war; trotz alles dessen, was sie von den Deutschen gehört und gelesen hatten: dieses Volk war ihnen fremd, sein Reden, Denken, Fühlen, die ganze Summe der verflochtenen rationalen und irrationalen Elemente, aus denen sich deutsches Wesen zusammensetzt.

Daß die Briten trotz der Hochspannung nach der Kapitulation den Deutschen gegenüber stets korrekt und sachlich, am Ende auch freundlich gegenübertraten, ist nicht selbstverständlich. Von beiden Partnern mußte in den vielen und heiklen Verhandlungen der Jahre 1945 bis 1946 viel Geduld und viel Verständnis aufgebracht werden<sup>3</sup>.

## 6. Entnazifizierung

Nach der Kapitulation der Wehrmacht, der Okkupation des ganzen Reiches und der Übernahme der Souveränität durch die Sieger kehrten sich Grimm und Zorn laut gegen die NS-Funktionäre hohen und niederen Grades. Aber die Zornigen waren doch seelisch-geistig und leiblich viel zu müde und ausgehungert, als daß ein Sturm übers Land gefegt wäre; die Deutschen beschäftigten sich sofort mit Nahrung und Kleidung und ihrem traurigen Alltag. Die zwölf Jahre hindurch Unterdrückten sahen zwar schon lange ihre Unterdrücker und die Nutznießer der Hitlerjahre, aber sie unterschieden vorab nur kleine und große Mittäter.

Wer indes bei der Entnazifizierung mittelbar oder unmittelbar beteiligt war, begann eine Reihe genereller Abstufungen und auch individueller Verschiedenheit innerhalb dieser Stufen bei den Funktionären und Parteigenossen zu erkennen. Ein Abiturient, der z. B. 1935 sein Studium beginnen wollte, gelangte dazu nicht ohne Eintritt in den NS-Studentenbund, in die SA usw.; er mußte ähnlich gesehen werden wie ein Beamter, der 1933 40 Jahre alt, verheiratet war, Kinder hatte und seine Planstelle nicht verlieren wollte. Dieser wiederum anders als einer, der in unpolitischer Illusion schon vor 1933 zur NSDAP gestoßen war; er wieder anders als ein Ehrgeizling, der die Partei förderte, um befördert zu werden.

<sup>3</sup> Zum dienstlichen und menschlichen Verhältnis der Engländer und ihrer deutschen Partner vgl. das erste Heft der „Westfälischen Schulreden“, Münster, Aschendorff, 1946 S. 1 und 5 f.

Wie oft waren mehrere Motive ineinander verflochten! Diese nach ihrem Gewicht zu sondern, war im Drange des Tagewerks schwer zu erreichen. Für den Historiker kommt hier der Grundsatz individueller Differenzierung der feststellbaren Wahrheit und damit der Gerechtigkeit näher als eine Pauschalbehandlung.

Aber einer solchen Differenzierung waren 1945 weder die Tmerer noch die Leute auf der Straße ebenso wenig wie führende Leute der Öffentlichkeit zugänglich. Wer sie von ihnen erwartete, verkannte im Wesen historischer Abläufe am Ende der Neuzeit den Anteil des Gesetzmäßigen beim Stoß und Rückstoß von Massen.

Die Militärregierung hatte am 6. Juli 1945 an den Oberpräsidenten Amelunxen geschrieben:

„Kein tätiger Nazi oder Naziparteigänger — d. h. mit den Nazis stark Sympathisierender — erhält die Erlaubnis, irgendeine beamtete Stellung einzunehmen.“

Der zeitlich etwas ältere englische Text an Klein lautet:

„No active Nazi or ardent Nazi sympathiser will be permitted to occupy any official position.“

Wenn der englische Text für Amelunxen der gleiche war wie der an Klein, so wäre er besser als die soeben aus den Akten wiedergegebene Übersetzung so zu übertragen:

„Keinem aktiven Nazi oder keinem, der sich mit den Nazis stark eingelassen hat, wird erlaubt sein, irgendeine öffentliche Stellung zu bekleiden.“

Diese Richtlinien wurden von der Provinzialregierung befolgt: sie entsprachen ihrer Überzeugung und stellten das Minimum dessen dar, was damals als Säuberung auch für die höheren Schulen Westfalens und deren Verwaltung als notwendig erschien.

Keisker und der Verfasser hielten ebenso wie die Abteilung Edn grundsätzlich die Suspension der von 1933 bis 1945 ernannten Oberstudiendirektoren (-innen) für richtig, weil diese Beamten als Schulleiter der künftigen Jugend ungläubwürdig erscheinen mußten und von ihnen nicht erwartet werden konnte, daß sie heute anders lehrten als gestern, da noch deutsche Menschen wegen ihrer politischen Haltung, ihrer Religion oder Rasse als minderwertig oder schädlich gebrandmarkt, gepeinigt und gemordet worden waren. Diese grundsätzliche Meinung über die seit 1933 kreierte Direktoren hat die leitenden Beamten in der Verwaltung für die höheren Schulen Westfalens nicht dazu verleitet, unterschiedslos zu suspendieren, wie Militärregierung und Oberpräsident es verlangten.

Die erhaltenen Aufzeichnungen des verstorbenen Studienrats Klemm, eines zuverlässigen Mitarbeiters, zeigen, daß auch über jeden dieser Direktoren gründlich beraten wurde. Es galt, dabei alle Gefühlsmomente auszusuchen, soweit Menschen es damals vermochten, zugleich aber das rational Erfassliche zu prüfen und zu wägen. Schließlich ergab sich doch, daß alle nach 1933 ernannten Direktoren vorläufig ihres Amtes enthoben werden mußten.

Zugleich ging es schon um die Suspension — dieser Ausdruck wurde damals wieder gebraucht, wohl unter dem Einflusse des englischen

suspended — der Direktoren, die vor 1933 ernannt worden waren. Einige von ihnen waren zwar Parteigenossen usw., aber nur formal members gewesen. Die Militärregierung hielt sich aus diesen prekären Entscheidungen heraus und überließ sie in aller Form den Deutschen (s. die von Savage gebilligte Niederschrift über die Verhandlung vom 4. September 1945). Obwohl deutsche Stellen widerstrebten, konnten einige von ihnen im Amte bleiben.

Vom Grundsätzlichen her ist es nicht richtig, das Bestreben der deutschen Abteilung damals nach unterscheidender Behandlung der Pg usw. als irreal zu bezeichnen. Distinguendum est. Wo der Erfolg kaum sichtbar war, drang dennoch der Gedanke vor; aussichtsloses Beginnen brauchte nicht überflüssig zu sein; es konnte sogar wie in den Zeiten der nationalsozialistischen Herrschaft unentbehrlich sein.

Zum dritten übersandte seit dem Herbst 1945 die Abteilung Edn uns fast täglich Listen mit Namen von Lehrern, die als suspended, removed, dismissed oder selten als acceptable bezeichnet wurden. Die Engländer benutzten außer den Fragebogen der Lehrer besonders Auskünfte ihres Public-Safety zu ihrer Entscheidung; die Tmera fordert die Erziehungsoffiziere eindringlich auf, wegen der Fragebogen, Entlassungen usw. eng mit dem Public-Safety zusammenzuarbeiten (Tmera S. 25, c und anderwärts). Bei einer nicht geringen Zahl von Lehrern erfolgte ein solches Urteil wegen ihrer Tätigkeit in Verbänden, die der NSDAP nur locker angeschlossen gewesen waren. Manchen wurde die Arbeit in den Schulen untersagt, weil sie Mitglieder oder Funktionäre im Kleinstformat des NSLB, des NSKK oder des VDA gewesen waren; sicher hatten viele von ihnen diese Verbände erfolgreich nur als Schutzschilde benutzt; gab es doch Städte, in denen jemand unbehelligt Mitglied des NSLB sein konnte, aber andere, in denen die Mitglieder auch in ihrem Gewissen hart drangsaliert worden waren.

Diese Listen selbst an die Lehrer abzusenden, lehnte trotz deutschen Drängens Hauptmann Chrystal ab, obwohl die Engländer ohne Zutun der deutschen Partner entschieden hatten. Dieser Satz gilt ohne Einschränkung für alle solche Anordnungen außer denen, welche an die von 1933 ab ernannten Oberstudiendirektoren usw. gerichtet waren. Nirgends in der überaus wichtigen Tmera ist die Rede von einer auch nur konsultativen Hinzuziehung von deutschen amtlichen Stellen bei der Entnazifizierung. Nach der Weigerung Chrystals distanzieren sich also die deutschen Partner von diesen Verfügungen der Militärregierung, die gar nicht geprüft werden konnten. Schrieben die Briten von 307/Edn:

„the following teacher ist NOT acceptable to Mil Gov and will be dismissed“,

so gab die Abteilung für höhere Schulen diese Entscheidung an den einzelnen Lehrer auf einem Formblatt weiter, das so beginnt:

„Ich bin von der Provinzial-Militärregierung beauftragt worden, Ihnen mitzuteilen, daß Sie von dieser durch Entscheidung 307/Edn vom ... aus Ihrem Amte als ... entlassen sind.“

Auch die anderen in diesem Schreiben erwähnten Anordnungen stammten nach Inhalt und Form von der Militärregierung.

Wieviel Lehrer werden aus der zitierten Formulierung begriffen haben, daß sich die Abteilung für höhere Schulen von der englischen Entscheidung immer deutlich absetzte?

Es ist nicht ohne Reiz, daß die Engländer die von ihnen gebrauchten Begriffe *suspended*, *removed*, *dismissed* in ihrer rechtlichen Bedeutung trotz häufigen Fragens nicht definiert haben: *removed* blieb im Halbdunkel.

Gewiß erkannten auch die Offiziere der Abteilung 307/Edn von vornherein, daß es nur für kurze Zeit möglich war, alle Lehrer vom Tische wegzuwischen. Für ihre Personalpolitik ist ein Abschnitt aus der Verhandlung vom 15. September 1945 bedeutsam:

„Dr. Schulte teilt mit, daß jetzt über 50 Direktoren suspendiert werden. Es sei schwer, für sie richtigen Ersatz zu finden. Parkinson: Die Stellung des Direktors sei eine Schlüsselstellung, für die nur einwandfreie Leute in Frage kämen; vielleicht müsse man sich zuerst einmal mit weniger tüchtigen Leitern begnügen. Dennoch sei zu erstreben, daß als Direktoren möglichst auch keine formalen Parteigenossen vorgeschlagen werden. Dabei bemerkt Parkinson, das englische Volk glaube als christliches Volk daran, daß ein jeder Parteigenosse einmal zur Reue gelange.“

(Notiz auf Grund von Aufzeichnungen während der Verhandlung)

In der Praxis suspendierten die Engländer fast alle, auch die formal members. Doch geht es kaum an, hier von Inkonsequenz zu sprechen, wenn man die damaligen Zeitläufte, ihr schnelles Suchen und Handeln als historische Realität in sich trägt und erträgt.

In der Niederschrift über eine Besprechung mit Hauptmann Parkinson vom 17. September 1945 heißt es, nach Unterscheidung einer schwarzen, grauen und weißen Liste:

„Das Gesagte muß vernünftig angewandt werden, Buchstaben-treue ist nicht allein maßgebend.

Die Militärregierung legt großen Wert darauf, daß die Leistungen und Qualitäten wieder erhöht werden. Es kann also einer, der ohne weitere politische Belastung formal membership war, einem vorgezogen werden, der nicht in der Partei war. Im besonderen ist auf die Auswahl der Direktoren zu achten. Politische Maßnahmen müssen durchgeführt werden, aber sie dürfen nicht den akademischen Stand gefährden.“

(Niederschrift des Verfassers gleich nach der Besprechung)

Setzt man hinzu, daß Parkinson unter „akademischem Stand“ geistige Höhe und charakterliche Qualität verstand, so ist das alles verständlich gedacht, aber es entsprach für die Jahre 1945 und 1946 nicht der Praxis der Militärregierung.

Sie war entschlossen, die sog. Vertrauenslehrer zu entlassen, eine Gruppe, von der sie jeden einzelnen für belastet hielt; die auch hier notwendig simplifizierende Tmera sah in jedem einen Repräsentanten der Hitlerjugend und der Nazi-herrschaft (Tmera S. 15 f und S. 20). Es bedurfte vieler Gespräche, der Militärregierung zu zeigen, daß diese Vertrauenslehrer nicht selten als Abwehr gegen Eingriffe der nationalsozialistischen

Direktoren und Organisation gewählt waren und gewirkt hatten. Endlich glückte auch hier ein kleiner Einbruch in die generellen Vorurteile. Noch im Mai 1946 mußten wir uns bei der Abteilung Education beschweren, weil diese zwei unserer tüchtigsten Mitarbeiter von heute auf morgen suspendiert hatte, obwohl sie deutlich nur formal members gewesen waren.

Kaum merkbar schob sich in diesen Akt der Entnazifizierung der zweite ein: die Aktion der Zulassung durch die Militärregierung („may be retained“).

Die Zahl der Zugelassenen wuchs aber erst merklich, seitdem die Engländer die Entnazifizierung in die Hände von deutschen Ausschüssen gelegt hatten. Angekündigt waren diese schon in einem englischen Erlaß vom 9. November 1945, aber sie traten erst viel später zusammen. Die Daten ihres Arbeitsbeginns sind von Ort zu Ort verschieden. In diesen Gremien, in denen auch Kommunisten saßen, hob nun ein Geschiebe und Gezerre an, für das nicht leicht ein Analogon zu finden ist. Der Historiker kann sich dieses Schauspiel nicht nur lächelnd betrachten. Für einen umstrittenen Parteigenossen wurden zu seiner Rechtfertigung oft Stöße von Erklärungen eingereicht. Gegenerklärungen häuften sich. Im allgemeinen muß man doch den Kern dieser Apologien hinnehmen, weil die meisten Parteigenossen unter den Lehrern der höheren Schulen formal members gewesen waren; für den englischen Terminus fand sich das deutsche Wort „Mitläufer“ (Kategorie IV).

So konnten sich die Räder im Getriebe der höheren Schulen knirschend wieder drehen.

## 7. Reopening

Der Weg bis zur Wiedereröffnung der höheren Schulen Westfalens war steinig und mühsam. Warum? Die Mitglieder der Militärregierung Abteilung Edn wollten doch ehrlich dabei helfen, die Schultore zu öffnen, auch Savage. Doch er hielt sich besonders an die in der Tmera wiederholt empfohlene Reihenfolge des Re-opening: Grundschule-Oberstufe der Volksschule-Realschule-Oberschulen (Gymnasien). Immer wieder wird sie in den Akten formuliert. Die Lehre besagte: Die Wiedereröffnung der Volksschulen hat unbedingten Vorrang; keine höhere Schule darf ihre Arbeit wieder beginnen, wenn dadurch die Interessen einer Volksschule verletzt werden. Alle Lehrer der höheren Schulen müssen an ihrem Aufenthaltsorte bleiben und der Volksschule ohne weiteres zur Verfügung stehen. Diese Sätze gingen freilich schon über die Richtlinien der Tmera hinaus.

Da fast alle Schulen, auch die Volksschulen, niedergebommt worden waren und sehr viele Lehrer aller Schulgattungen 1945/46 noch suspended, removed oder dismissed waren, wirkte diese sachlich und chronologisch gemeinte Praxis sich auf die höheren Schulen schlimm aus. Daß Hauptmann Parkinson schon am 15. September 1945 zugab, „die höheren Schulen seien, wie er wohl wisse, noch wichtiger als die Volksschulen, weil sie die

künftig führenden Leute erziehen müssen“, war eine freundliche Erkenntnis ohne Wirkung. Savage handhabte seine Grundsätze so, daß nur seine Abteilung Edn in Münster auf Grund der Prüfung sämtlicher Unterlagen gestattete, eine höhere Schule wieder zu eröffnen, aber keine der örtlichen Militärregierungen und keine bei den Bezirksregierungen.

Savage sah wohl, daß es in Nordrhein ganz anders zugeht; dort genehmigten im September 1945 die *örtlichen* englischen Stellen die Wiedereröffnung der höheren Schulen, wenn schon kaum in dem Getrümmer Schule gehalten werden konnte. Immerhin, in Nordrhein hatte man die Arme frei und handelte. Kam Savage nicht auf den Gedanken, daß man die Wiedereröffnung der Volks- und der höheren Schulen gleichzeitig vorantreiben konnte, vielleicht im Verhältnis 2 : 1 oder auch 3 : 1 zugunsten der Volksschulen? Die deutschen Partner in Münster legten oft dar, daß Westfalen unmöglich ganz anders behandelt werden könne als die Nachbarprovinz. Aber noch am 10. November 1945 erhielt auf sein Drängen der Verfasser folgende Antwort:

„Hauptmann Chrystal erklärt, daß die Militärregierung sich dem Verfahren, wie es in der Rheinprovinz bei der Wiedereröffnung der Schulen durchgeführt wird, nicht anschließen könne und bei dem früheren Verfahrenswege beharre.“

Was war zu tun? Nach dem eingehenden Erlaß vom 18. September 1945 durfte eine Schule eröffnet werden, wenn ihr Leiter oder sein Stellvertreter acht Hürden genommen hatte; nach dem 29. November waren es sogar neun.

Denn folgende Dienststellen mußten den Plan, eine Schule zu eröffnen, schriftlich gutheißen:

1. der örtliche deutsche Schulrat für die Volksschulen,
2. die örtliche Militärregierung (seit dem 29. November),
3. der Unterhaltsträger,
4. das Hochbauamt,
5. das Gesundheitsamt,
6. der zuständige Regierungspräsident,
7. die Militärregierung des Regierungsbezirks,
8. die Abteilung für höhere Schulen in Münster (Vorprüfung),
9. die Militärregierung, Abteilung Edn in Münster.

Wer den Appendix C der Tmera (Seite 60) liest, stutzt, weil dort für die Eröffnung der höheren Schulen nur ganz einfache, nicht schwer zu erfüllende Forderungen erhoben werden, und die Tmera war doch das maßgebende Handbuch! Also ist zu schließen, daß das Paket der Neun Punkte eine selbständige Arbeit der Militärregierung Abteilung Education and Religious Affairs zu Münster ist; ohne weiteres ist anzunehmen, daß Savage an ihr stark beteiligt war. Aber es ist jetzt kaum zu klären, ob es sich bei ihr um ein team-work handelt oder nicht, weil Savage, der doch als Leser dieser Abhandlung gedacht war, vor wenigen Jahren gestorben ist, wie der Verfasser am Abschluß dieses Aufsatzes erfuhr.

Aber warum ging es im Rheinland mit der Wiedereröffnung der höheren Schulen so viel leichter? Sicherlich ist bei der Antwort zunächst die

Unbekümmertheit von Regierungsdirektor Schnippenkötter zu erwähnen, der gegen alle Bedenken in der eigenen Behörde einfach riskierte, Schulen zu eröffnen. Aber diese Unbekümmertheit ist wieder gar nicht zu denken ohne die den letzten deutschen Zeugen gut bekannte Toleranz des zuständigen britischen Edn-Officers, eines alten Militärs.

In Westfalen hätte eine solche Unbekümmertheit zur Folge gehabt, daß der zuständige deutsche Beamte von Savage entlassen worden wäre.

Von den genannten Hindernissen wurden das 6. und 7. erst im Februar 1946 aufgehoben. Es ergibt sich ohne weiteres, daß Hochbauamt und Gesundheitsamt nur ihr Placet geben konnten, wenn

1. ein Gebäude (eine Baracke) für zwei oder mehr Klassen auch bei großzügiger Handhabung nicht *nur* Fassade waren,
2. wenn die hygienischen Einrichtungen erträglich waren,
3. wenn die Gebäude nicht von deutschen, englischen oder anderen Dienststellen belegt waren.

Mag die einzelne Maßnahme verständlich erscheinen, unter der damaligen Not an Lehrern, die von der Militärregierung approbiert waren, an Räumen usw. wäre einer, der Savage und seinen Stab nicht kannte, versucht, an Irrealismus zu denken. Doch ein solcher Aspekt verbietet sich dem, der mit diesen Persönlichkeiten umging. Wohl wußten sie darum, daß auch 1945/46 langsames Vorwärtsschieben und Verschieben eines Aktenstückes ein internationales Kriterium von Behörden war, und Savage blieb bei seiner Überzeugung von der Priorität der Volksschulen; vorab hatte er es dabei leicht, denn die von ihm konzedierte deutsche Abteilung für höhere Schulen war am 18. September 1945, als der Erlaß über die Wiedereröffnung herausging, erst 14 Tage alt. Aber sie ließ gleich nach ihrer Anerkennung nicht locker, den dornigen und unwegsamen Pfad gangbar zu machen. Die Militärregierung unterstützte sie zwar darin, belegte Schulbauten freizumachen und Baustoffe zu liefern; wieweit dieser gute Wille erfolgreich war, ist schwer festzustellen.

Im Oktober und November 1945 hatten die deutschen Partner mit ihrem Mühen, den Leidensweg der neun Stationen abzukürzen, keinen Erfolg. Nur dem Gymnasium in Brilon gelang es, aus den engen Schlingen zu schlüpfen. Pünktlich am 1. Oktober 1945 wurde es zusammen mit den anderen Schulen der Stadt Brilon in einer katholischen Volksschule eröffnet. Der stellvertretende Leiter hatte zusammen mit dem Bürgermeister der Stadt und dem Schulrat des Kreises Brilon fertiggebracht, vom Kreiskommandanten und dem englischen Erziehungsoffizier des Kreises die Genehmigung zu erhalten. Aber die Stadt Bünde war darin Brilon noch voraus; glücklicherweise liegt Bünde nicht weit von Bad Oeynhaus, dem englischen Hauptquartier, und so wurde in Bünde mit militärischer Schnelligkeit von der englischen und deutschen Zentralstelle in Münster einträchtig schon am 21. September 1945 je eine höhere Schule für Jungen und Mädchen eröffnet. Daß am gleichen Tage Besprechungen mit Leitern und Lehrern in Warendorf, Bielefeld und Bethel (Pastor von Bodelschwingh) stattfanden, gehörte zu den nützlichen Arabesken dieses seltsamen Tages. Als drittes ungewöhnliches Er-

eignis folgte die Lehrerversammlung in Recklinghausen am 2. November 1945. Es lohnt sich, in den Tagungsplan hineinzuhören. Referate und Aussprachen waren sachlich und gründlich. Zum Ende erschien der Chef der englischen Militärregierung zu Münster, General Chadwick, und sprach freundliche, ermutigende Worte, für die ihm der Tagungsleiter herzlich dankte<sup>4</sup>.

Diese Lehrer in Recklinghausen und viele andere, die nicht anwesend waren, aber ihre Schulnöte in den Herbstmonaten 1945 mit den wenigen Oberschulräten und dem Justitiar der Abteilung besprochen hatten, wurden von einem Glauben an die deutsche Zukunft getragen und an eine rechte Synthesis der Antike und des Christentums, von einer brennenden Sorge um unsere Jugend; ihnen war nach der menschen-fressenden Lüge der Tyranis vor allem eines in die Seele geschrieben: die Sehnsucht nach Wahrhaftigkeit. Wenn von „Idealismus“ der Lehrer gesprochen werden darf: damals war er bei vielen mit Händen zu greifen.

Und wenn auch eben von der erfolglosen Mühsal der deutschen Partner im Sommer und Herbst 1945 gesprochen werden mußte, eines Jahres der Arbeit in Hunger und Schmutz, mit Notbehelfen im großen und kleinen, in dem eine Dame der Militärregierung dem Abteilungsleiter anstelle seiner tintengefärbten Bindfäden in den Schuhen zwei Schnürsenkel schenkte: das Miteinander der wenigen Menschen in der deutschen Abteilung war nüchtern, aufrichtig, kameradschaftlich in einem Maße, wie es später, als die Behörde mehr und mehr Beamte, Arbeiter und Angestellte umfaßte, schwinden mußte. Keinem, vom Oberschulrat bis zur Stenotypistin, kam es in den Sinn, die Stunden der täglichen Arbeit zu zählen. Alle dienten nur ihrer Sache, die viel Kleinarbeit erheischte und dazu klaren Entschluß von Stunde zu Stunde.

Bis zum 4. Dezember 1945 hatten in Westfalen nur 23 höhere Schulen die englische Genehmigung erhalten, ihre Tore wieder zu öffnen. Am gleichen Tage lagen der Militärregierung 41 vollständige Anträge von Schulen auf Wiedereröffnung vor, bei der deutschen Abteilung wurden 25 solcher Anträge bearbeitet.

<sup>4</sup> Tagungsplan der mit Genehmigung der Militärregierung vom Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen einberufenen Konferenz der Lehrkräfte an den höheren Schulen des Vestes Recklinghausen am Freitag, dem 2. November 1945, 10 Uhr, in der Aula der Hittorfschule in Recklinghausen.

„1. Pathétique von Ludwig van Beethoven.

2. Arie aus dem „Messias“ von Händel.

3. Gedicht „Werkleute sind wir“ von Rainer Maria Rilke.

4. Wiederbeginn des Unterrichtes, Arbeit im kommenden Winter.

5. Förderlehrgänge für Schüler mit Reifevermerk.

6. Rheinisch-westfälische Hauptstelle für naturwissenschaftlichen Unterricht.

7. Professor Dr. Stier, Münster, Griechische und Römische Geschichte in neuer Sicht.

8. Der Sinn der neuen Erziehung.

9. Gedicht „An die Hoffnung“ von Hölderlin.

10. Leçons von Händel.

Die einzelnen Punkte der Tagesordnung werden durch kurze Referate eingeleitet und zur Aussprache gestellt.“

Diese Zahlen wirkten auf Lehrer, Eltern und sogar Schüler niederdrückend, und das Ansehen der deutschen Abteilung mußte beim Vergleich mit Nordrhein Schaden leiden. Also überreichte der Abteilungsleiter am 6. Dezember 1945 dem Oberpräsidenten folgendes Schreiben:

„Betrifft: a) den Stand der Arbeiten zur Wiedereröffnung der höheren Schulen Westfalens,

b) den Leiter der Abteilung für höheres Schulwesen.

1. In Westfalen gab es vor dem Zusammenbruch einschließlich der Lehrerbildungsanstalten 202 höhere Schulen, in der Nord-Rheinprovinz 204.
2. Am 1. Oktober waren in der Nord-Rheinprovinz ohne die Schwesternschulen 122 Schulen wieder eröffnet, am 1. Dezember waren es 163 Schulen; am 1. Oktober war also Westfalen mit 100 Schulen, am 1. Dezember mit 141 Schulen im Rückstand.
3. Auch in der Provinz Hannover sind wie in der Nord-Rheinprovinz nach meinen Nachrichten fast sämtliche Schulen wieder eröffnet, zumal diese Provinz ja durch die Kriegshandlungen, abgesehen von der Stadt Hannover, viel weniger beschädigt worden ist als Westfalen und das Rheinland.
4. Der Grund für den sehr großen Abstand in der Zahl der wiedereröffneten Schulen liegt nicht darin, daß in der westfälischen Abteilung für höhere Schulen bis jetzt nur drei leitende Beamte tätig sind, in der Nord-Rheinprovinz dagegen 6 bis 7.

Der entscheidende Grund liegt nach meiner und meiner Mitarbeiter Erkenntnis in dem komplizierten Verfahren der Militärregierung für die Wiedereröffnung der Schulen.

5. Meine Vorschläge, dieses Verfahren als Ganzes oder in einzelnen Teilen zu verkürzen, wurde von der zuständigen Stelle der Militärregierung abgelehnt.
6. Wenn die Militärregierung nicht meine Bitte, das Verfahren zu verkürzen, dergestalt erfüllen kann, daß bis Weihnachten sicher rund 100 Schulen und Förderlehrgänge eröffnet sind, bin ich nicht in der Lage, weiter die Verantwortung für den Wiederaufbau des höheren Schulwesens der Provinz Westfalen zu tragen. Ich bitte in diesem Falle den Herrn Oberpräsidenten, mich von der Verantwortung als Leiter der Abteilung zu entbinden.“

Zur gleichen Stunde legte der Abteilungsleiter dasselbe Schreiben Savage zur Kenntnisnahme auf den Tisch. Am 7. Dezember 1945 bat Savage ihn zu einer Aussprache; die Niederschrift über sie besagt:

„Oberst Savage spricht seine Anerkennung aus für das, was die Abteilung für höhere Schulen bisher geleistet habe. Der Erfolg ihrer Arbeit sei groß wegen der besonderen Schwierigkeiten gerade für die Provinz Westfalen. Die Schwierigkeiten lägen seiner Ansicht nach in der geringen Anzahl der leitenden Beamten der Abteilung, weiter aber darin, daß die Abteilung erst zu Beginn des Septembers von der Militärregierung legalisiert worden sei.

Dr. Schulte erwidert, seiner Ansicht nach sei diese Schwierigkeit keineswegs entscheidend dafür, daß in Westfalen nach den letzten Nachrichten nur 22 höhere Schulen, im Rheinland aber bereits 163 wieder eröffnet worden seien. Dr. Schulte erklärt, der entscheidende Grund für das sehr starke Zurückbleiben in Westfalen läge in dem komplizierten Verfahren, das die Militärregierung für die Wiedereröffnung vorgeschrieben habe. Der gewaltige Vorsprung des Rheinlandes läge darin begründet, daß die örtlichen deutschen und englischen Stellen die Wieder-

eröffnung der höheren Schulen allein durchführten. Das sei seiner Ansicht nach der richtige Weg zu schnellem Erfolg.

An besonderen Schwierigkeiten hebt Dr. Schulte hervor:

- a) die Bescheinigung wegen der Priorität der Volksschulen einzuholen,
- b) auch die Prüfung der Fragebogen sei, soweit er es beurteilen könne, ein zeitraubender Prozeß,
- c) bei Versetzung von Hilfskräften seien mindestens 7 amtliche Stellen zu passieren. Versetzungen würden aber immer häufiger notwendig (siehe Tecklenburg).

Oberst Savage: Freilich seien im Rheinland viel mehr Schulen eröffnet, aber die Control Commission habe Bedenken wegen der Entwicklung im Rheinland.

Oberst Savage gibt Dr. Schulte die Zusicherung, daß bis zum Ende des Monats 80 bis 90 höhere Schulen eröffnet seien, und fragt am Ende des Gesprächs, was nun aus dem Schreiben von Dr. Schulte werden solle, das er dem Herrn Oberpräsidenten am 6. 12. überreicht habe. Dr. Schulte erwidert, mit der Zusicherung des Herrn Obersten wäre das genannte Schreiben erledigt.“

Savage irrte, wenn er in der geringen Zahl der Oberschulräte den Hauptgrund für die widrige Verzögerung sah; denn für die Abfertigung der Anträge, um die es allein ging, standen genug Studienräte und Assessoren ständig bereit. Aber er hatte nun zugesagt, bis zum Ende des Monats Dezember 80 bis 90 höhere Schulen wieder zu eröffnen; sein deutscher Partner war des Glaubens, diese Zahl bezöge sich auf solche Schulen, die ihre Tore noch nicht geöffnet hätten, Savage aber rechnete die 23 hinein, denen er die Genehmigung zur Wiedereröffnung schon vor dem 6. Dezember erteilt hatte, und so wurden vom 7. Dezember bis zum 31. Dezember 1945 53 höhere Schulen in Westfalen wieder geöffnet; am 2. Februar 1946 waren es 96, freilich mit wenigen Klassen, wenigen Büchern und wenigen approbierten Lehrern. Am 1. Februar lagen noch 54 unerledigte Anträge bei der Militärregierung, 8 wurden an diesem Tage in der deutschen Abteilung bearbeitet. Am 4. März 1946 waren 167, am 10. September 1946 189 Schulen wieder an der Arbeit. Weitere Zahlen erübrigen sich<sup>5</sup>.

Diese Zahlen zeigen, daß es nicht an der Abteilung für höhere Schulen lag, wenn sie mit ihrem Hauptanliegen schlecht vorwärts kam; aber man kann daraufhin kein Urteil über die Abteilung Edn fällen, weil den deutschen Partnern die sonstige Arbeit der englischen Abteilung nur obenhin bekannt war; trafen sich doch in den muffigen Fluren des ehemaligen Generalkommandos der Bischof von Münster und spätere Kardinal Graf Galen, Landeshauptmann Salzmann, der deutsche Leiter der Abteilung für höhere Schulen und andere.

In die Zahlen der wiedergeöffneten Schulen sind die privaten katholischen Schulen für Mädchen (Schwesternschulen) und die wenigen evangelischen Privatschulen einbegriffen. Daß es vor 1933 mindestens 30 katholische Privatschulen in Westfalen gegeben hatte, daß sie zwischen 1933 und 1945

<sup>5</sup> Zu Beginn eines jeden Monats mußten seit Anfang 1946 der Militärregierung Monatsberichte geliefert werden; jeder von ihnen ist aufschlußreich; der Monatsbericht für September 1946 liegt als Anlage bei.

gewaltsam aufgehoben oder ausgehungert worden waren und ihnen deshalb das Recht auf Wiedergutmachung, d. h. zunächst das Recht auf Wiedereröffnung zustand, war der Militärregierung nur allmählich beizubringen. Die englischen Private Schools waren etwas ganz anderes. Die Gründe für die fast totale Unterdrückung der katholischen und evangelischen Privatschulen seit 1933 waren der Militärregierung freilich durchaus bekannt (vgl. Tmera S. 8 f): „... the existence of private schools is not compatible with their (der Nazi) philosophy of education.“ Ob die geringe Neigung der Militärregierung gegenüber den Schwesternschulen aber doch besondere Gründe hatte, ist nicht zu ermitteln. Für die Haltung des englischen und deutschen Partners ist folgender Abschnitt aus der Verhandlung vom 9. Januar 1946 bezeichnend:

„Savage lenkte die Aufmerksamkeit auf die Schule der Franziskanerinnen in Olpe. Die Schwestern haben ihrerseits ein anderes Gebäude bezogen und ein Internat eingerichtet, beides ohne Erlaubnis.

Dr. Schulte antwortete, daß diese beiden Dinge nicht seinen eigentlichen Amtsbereich angingen, ihm aber gemeldet werden müßten.

Savage: Es solle darauf geachtet werden, daß die privaten Schulen nicht unberechtigt weitergriffen, als die öffentlichen Interessen es gestatteten.

Dr. Schulte erörterte seine grundsätzliche Haltung zu dem Problem der privaten Schulen: Es sei demokratische Art, die private Initiative, zumal die wertvolle, auch im höheren Schulwesen zu fördern und sie nicht zu unterbinden. Ein unstatthafes Überhandnehmen und Inanspruchnehmen von Rechten seitens der Privatschulen werde er selbst nicht dulden.“

(Niederschrift des Verfassers nach der Verhandlung)

Bis zur Mitte des Jahres 1946 waren die Schwesternschulen (bis auf den Sonderfall Soest) wieder offen. Von Bedeutung für die deutschen Partner ist es, daß schon vom Sommer 1945 an alle Erlasse auch an die künftigen Privatschulen gesandt wurden, weil sie im Gesamtgefüge als notwendig erachtet wurden.

Als etwa um die Mitte 1946 fast alle Schulen Westfalens wieder an der Arbeit waren, befaßte sich die Öffentlichkeit, die sich mit den höheren Schulen gottlob viel intensiver abgab als noch in der Weimarer Zeit und die Schule als ihre eigene Sache ansah, auch mit der sozialen Herkunft und Schichtung der Schüler. Manche hegten den Verdacht, daß die höhere Schule „nicht genug Arbeiterkinder“ aufnehme und zur Reifeprüfung brächte, wie damals vereinfachend gesagt wurde.

Deshalb wurde von allen höheren Schulen eine Statistik verlangt, die in ihrer Fragestellung Fehlerquellen möglichst zu vermeiden suchte.

Die Umfrage ergab (Stand vom 10. Juni 1946):

Schicht		Berufsgruppe	Zahl
I.	1	Arbeitslose	1 537
	2	Rentenempfänger	952
	3	Arbeiter	5 197
	4	Unselbständige Handwerker	2 595
	5	Kleinbauern	597

Schicht	Berufsgruppe	Zahl
	6 Angestellte und Techniker	7 228
	7 Unterbeamte	1 901
	8 Sonstige Angehörige der Schicht I	841
	Summe Schicht I	20 848
	mithin in % der Gesamtzahl	30,57
II.	1 Selbständige Handwerker	5 265
	2 Kaufleute und Gewerbetreibende	10 330
	3 Bauern	3 265
	4 Ingenieure	2 208
	5 Mittlere Beamte	9 123
	6 Volksschullehrer	3 662
	7 Sonstige Angehörige der Schicht II	1 484
	Summe Schicht II	35 297
	mithin in % der Gesamtzahl	51,75
III.	1 Gutsbesitzer	365
	2 Angestellte in leitender Stellung	2 325
	3 Freie Berufe	894
	4 Groß-Kaufleute, Industrielle	1 278
	5 frühere Offiziere	557
	6 Oberbeamte, Akademiker	6 338
	7 Sonstige Angehörige der Schicht III	302
	Summe Schicht III	12 059
	mithin in % der Gesamtzahl	17,68
	(Gesamtzahl aller Eltern	68 204)

In der Provinz Nordrhein ergab eine im gleichen Jahre angestellte Umfrage fast das gleiche Bild. Danach kann die Schichtung der Schüler damals als gesund bezeichnet werden. Das starke Anwachsen der Schicht II war schon seit den Jahren der Weimarer Republik den Beobachtern bekannt.

Dennoch tauchte immer wieder besonders von englischer Seite der als Vorwurf gemeinte Einwand auf, daß in der Oberstufe der höheren Schulen Westfalens vornehmlich Kinder wohlhabender Eltern zur Reifeprüfung geführt würden. Daran stimmte, daß in den Oberklassen die Schicht I relativ zurücktrat. Außer dem Faktor Umwelt lag diese Tatsache besonders darin begründet, daß viele Eltern der Schicht I ihre Kinder nach dem Abschluß der Untersekunda („Mittlere Reife“) einem Lehrbetrieb oder einem Büro zuführten, damit sie nach einiger Zeit für die Familie mitverdienen; bei manchen Eltern sprach auch mit, daß sie ihre Kinder in eine ihnen selbst fremde Welt hineinzugeben und, wohl unterbewußt, die Gefahr der Entfremdung fürchteten.

## 8. Übergangstypen

Zur gleichen Zeit mußten die nationalsozialistischen Schulformen beseitigt und andere an ihre Stelle gesetzt werden. Daß die nationalsozialistischen *Gedanken*, welche die Menschen wegen ihrer Rasse, Religion und politischen Gesinnung diskriminierten, im Unterricht von vornherein ausgeschaltet wurden, bedarf kaum einer Erwähnung; jeder zugelassene Lehrer mußte sich in einer besonderen Erklärung verpflichten, dies sog. nationalsozialistische Gedankengut in keiner Weise vor den Schülern zu vertreten.

In die Absichten der Schulpolitiker aus Westfalen und Nordrhein führt ein Bericht an den Generalreferenten Brockmann, der im Winter 1945/46 das Generalreferat Kultus übernahm, vom 21. März 1946 ein:

„Regierungsdirektor Dr. Schulte, Oberschulrätin Dr. Bolwin und Oberschulrat Dr. Müller haben sich mit dem Vertreter der Nordrheinprovinz in Werl in mehrtägigen Besprechungen auf folgendes geeinigt:

Wir stimmen in den Grundsätzen überein, und ich kann auf die Einleitung zu dem beigefügten Übergangslehrplan der Nordrheinprovinz verweisen. Vorgesehen sind nur zwei Grundtypen:

1. das klassische Gymnasium. Seine erste Fremdsprache ist Lateinisch, die zweite Englisch, die dritte, in der 4. Klasse einsetzende, Griechisch;
2. das naturwissenschaftliche Gymnasium. Auch seine Grundsprache ist Lateinisch, die zweite Englisch.

Wir glauben, daß es nur so möglich ist, für Mathematik und Naturwissenschaft unter Zurückdrängung der Sprachen auf der Oberstufe genügend Raum zu gewinnen. Auch kann bei dem gemeinsamen Unterbau von 3 Klassen die Entscheidung des einzelnen Schülers über die ihm gemäße Schulform bis zum 13. Lebensjahr hinausgeschoben werden.

3. Mit beiden Schultypen kann als dritter ein neusprachlicher Zug verbunden werden. Für ihn ist als dritte Fremdsprache Französisch vorgesehen. Sämtliche höhere Schulen für Jungen werden wieder 9klassig.

In allen Schulen wird der Religionsunterricht mit 2 Wochenstunden wieder eingesetzt.

Die Aufbauschulen bleiben erhalten und sollen auch in den großen Städten eingerichtet werden. Sie sollen dort den sozialen Aufstieg erleichtern und den spät erkannten Begabungen den Zugang zur höheren Schule ermöglichen. Sie sind in den großen Städten mit grundständigen Schulen des gleichen Typus zu vereinigen, um die gleiche Leistung zu garantieren.“

Nach gründlichen Verhandlungen mit deutschen Vertretern aus Nordwestdeutschland (Detmold, März 1946) wurden die Pläne für die kommenden Schultypen in einer Tagung am 9. April 1946 vorgetragen; in ihr verhandelten die städtischen Schulträger Westfalens mit dem Generalreferenten Brockmann, seinem Vertreter, dem späteren Ministerialdirektor Koch, und allen Mitgliedern der Abteilung für die höheren Schulen in der Aula des fast ganz erhaltenen Schillergymnasiums zu Münster. Sie brachte folgendes Ergebnis:

I. Für die Jungen:

1. altsprachliches Gymnasium — 9 Jahre;  
Latein Sexta, Englisch Quarta, Griechisch Untertertia;

2. mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium — 9 Jahre;  
Latein Sexta, Englisch Quarta.

In beiden Formen konnte „für einzelne Schüler“ Französisch (oder eine andere moderne Fremdsprache) anstelle von Griechisch oder durch Minderung des math.-naturw. Unterrichts eingesetzt werden.

#### II. Für Mädchen:

1. neusprachliches Gymnasium — 9 Jahre;  
Englisch Sexta, Französisch Quarta, Latein UIII;
2. mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium — 9 Jahre;  
Englisch Sexta, Latein UIII.
3. in besonderen Fällen: altsprachliches Gymnasium — 9 Jahre;  
Latein Sexta, Englisch Quarta, Griechisch UIII;
4. Frauenschulen — 8 Jahre;  
Englisch Sexta, Französisch Quarta.

In der Oberstufe Fächer des Frauenschaffens; keine Hochschulreife, aber Berechtigung zu den sozialen Berufen und zur Pädagogischen Akademie. Bald darauf erkannten wir, daß auch für diese Schulart aus äußeren und inneren Gründen 9 Jahre anzusetzen sei; sie hieß künftig Frauenoberschule (vgl. dazu M. Bolwin in dem ersten Heftchen der „Westfälischen Schulreden“, Aschendorff, Münster, 1946).

#### III. Aufbaugymnasium — 6 Jahre; Aufnahme nach 7 Volksschuljahren.

Formen und Sprachenfolge wie oben bei Jungen und Mädchen (ohne Frauenschulen).

Das Ganze war ein Frühwerk der Abteilung, aber abgewandelt, setzt es zu den heutigen Formen an, freilich mit dem Kuriosum, daß für die Mädchen ein rechtes neusprachliches Gymnasium geplant war, für die Jungen aber diese Form nur als Hintertür geöffnet wurde. Wie kam es dazu? Bei den Teilnehmern der Tagung und ihrer Zustimmung ist mehr ein bewußter Rekurs zum altsprachlichen Gymnasium Humboldts gegenüber der Herrschaft des Unmenschen zu sehen als eine Reaktion gegen den Einfluß der englischen Besatzungsmacht.

Anders sah die schulpolitische Konzeption im Nordteil der britischen Zone aus, wo unter Führung des früheren Preußischen Kultusministers Grimme eine 8jährige höhere Schule angestrebt wurde mit Englisch von Sexta und Latein von Quarta ab; das eigentliche Studium an der Hochschule freilich wurde von dem Besuch eines Zwischenkurses abhängig gemacht.

Die westfälischen Pläne vom 18. April 1946 blieben in den Anfängen stecken, taten aber dennoch zusammen mit den gedruckten „Übergangslehrplänen“ vom 21. Dezember 1945 für Jungen und Mädchen das Ihrige, die Lücke im praktischen Unterricht des Jahres 1946 zu füllen, bis zu den vom Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen eingeführten Schulformen.

### 9. Förderlehrgänge, Arbeitspflicht und Auslese

Bei dem Schnecken-tempo der Wiedereröffnung blieb Zeit genug, an die vielen Hunderte Jungen und Mädchen zu denken, die in den letzten Jahren des Krieges ihre Ausbildung nicht abgeschlossen hatten. Sie waren aus der 7. Klasse (OII) oder der 8. Abschlußklasse (UI) herausgeholt worden, um Soldat zu sein oder zu scheinen. Manche von ihnen, auch Mädchen waren Flakhelfer geworden. Nach den Anordnungen der Machthaber in den letzten Kriegsjahren war sehr vielen von ihnen beim Abgang von der höheren Schule wegen der Einberufung zum Wehr- oder Reichsarbeitsdienst der „Reifevermerk“ zuerkannt worden; auch anderen aus den gleichen Klassen war durch die „Vorsemesterbescheinigung“ die Aufnahme eines Studiums ermöglicht worden.

Gemeinsam war allen diesen, daß sie keine ausreichende Vorbildung für den Besuch einer Hochschule besaßen. Die Rektoren der Universitäten weigerten sich also, solche Schüler zu immatrikulieren, und die deutschen Schulbehörden der britischen Zone brachten es nicht dahin, durch eine einheitliche Regelung diese Jungen und Mädchen zur Hochschulreife zu bringen, trotz eines mahnenden Beschlusses des Nordwestdeutschen Hochschullehrerverbandes vom 17. und 18. Dezember 1945. Der damals eingesetzte Ausschuß von Schulreferenten und Vertretern der Länder und der Hochschulen kam zu spät.

In Westfalen war schon durch den Erlaß des Oberpräsidenten vom 4. Oktober 1945 dieser schwierige und verwirrt Fragenkomplex grundsätzlich geklärt worden; er blieb aber im Hauptquartier Bünde wegen eines Übersetzungsfehlers von deutschen Büro Münster bis in den Dezember hinein liegen.

Die Ausführung ließ freilich auch bei uns auf sich warten. Fächer, Stundenzahl und Lehrpläne für die sog. Förderlehrgänge waren bald bestimmt. Aber dreierlei mußte vor der Eröffnung eines solchen Förderlehrganges vorhanden sein:

1. approbierte und geeignete Lehrer,
2. genehmigte Bücher und ein Minimum von naturwissenschaftlicher Apparatur,
3. Räume, in denen man auch im Winter 1945/46 unterrichten konnte.

Diese Forderungen waren damals schwer zu erfüllen, obwohl ein neuer Erlaß vom 14. Dezember 1945 diesen Lehrgängen den Start frei gab. Es heißt in ihm:

„Sie werden gemeinsam von der Schulabteilung des Oberpräsidiums und der Universität durchgeführt.“

Der Universität fiel dabei die beratende Rolle zu.

Weil die Förderlehrgänge nicht zum Zuge kamen, verkündete der Generalreferent für Wirtschaft Professor Nölting, später Minister in Düsseldorf und Bundestagsabgeordneter, laut seinen Unmut darüber, daß die Abteilung für höhere Schulen nicht vom Fleck käme. In der Presse erschienen scharfe Angriffe wegen der Verzögerung.

Also führte auch der umfängliche Bericht des Verfassers vom 14. Januar 1946 an den Oberpräsidenten eine deutliche Sprache. Er wies wieder auf die verzögernde, zentralisierende Methode der Militärregierung bei der Zulassung von Lehrern und Schülern zu den Kursen hin. Die Engländer prüften auch die Fragebogen für Schüler: wer eine sog. Napola oder eine Hitler-Schule besucht hatte oder freiwillig zur SS gegangen war, wurde nicht zugelassen.

Unter die Darlegungen des Verfassers vom 14. Januar schrieb der Oberpräsident am 17. Januar:

„ich weiß, wie schwer alles ist, aber die Förderkurse hier in Münster müssen baldigst beginnen. Ein privatpersönliches Interesse habe ich nicht“.

Trotz der genannten Schwierigkeiten liefen seit Anfang 1946 einzelne Förderlehrgänge an den schon geöffneten Schulen an; am 7. November 1946 führten 120 Schulen Kurse von einjähriger Dauer durch, 19 andere setzten dazu an. Solche Kurse für Kriegsteilnehmer usw. liefen mindestens bis 1948.

Der Andrang zu den Förderkursen, die zu Gunsten der Schüler mit Scheinberechtigungen aufräumen mußten, gab zu denken, mehr aber noch die überaus starke Zahl der Klassen und Schüler gleich bei der Wiedereröffnung der Schulen. Sie kam wegen der schier ausweglosen Verarmung unseres Volkes und seiner seelischen Depression überraschend. Auch der Verfasser glaubte im Sommer 1945 eher an ein Sinken als an ein Steigen der Schülerzahlen. Die Leiter unserer Schulen in Westfalen konnten ebenso wenig wie die deutsche Schulverwaltung diesem Zustrom wehren, — so etwas war wohl auf dem Papier möglich, aber nicht an Ort und Stelle. Immerhin konnte sich die Abteilung für höhere Schulen über diese stürmische Entwicklung, an der auch die Stauung aus den letzten Kriegsjahren Schuld trug, nicht freuen.

Scharfe Beobachter sahen in diesen hohen Zahlen eine sehr bedrohliche wirtschaftliche und sozialpolitische Fehlentwicklung.

Auseinandersetzungen über dieses entscheidende Problem standen in Aussicht.

Wer seine Kraft einsetzte, der Wirtschaft auf die Beine zu helfen und ihr Arbeiter zuzuführen, mußte die Schülerzahlen vom Jahre 1946 als böses Omen für die Zukunft ansehen und sich ihnen entgegenstellen.

Das Landesarbeitsamt und der Generalreferent für Arbeit, Halfell, planten schon im Februar 1946 „Maßnahmen“ gegen die Förderkursisten. Denn schon am 7. Februar 1946 bat der Leiter des Generalreferates für Kultus, Brockmann, den Generalreferenten für Arbeit, Halfell, in einem Schreiben dringend, „von Maßnahmen zunächst abzusehen, welche den Beginn der Förderlehrgänge gefährden“. In Nordrhein nahmen etwa 2000 Jungen und Mädchen an den Förderlehrgängen teil. Die von irgendwelchen Stellen dem Landesarbeitsamt genannten Zahlen für Westfalen (5000 oder gar 10 000) seien oberflächliche Schätzungen ohne amtliche Grundlage. Westfalen habe fast die gleiche Zahl höherer Schulen wie Nordrhein und werde darum fast dieselbe Zahl an Förderkursisten haben. Nach der im April deutlich ansetzenden geschichtlichen Linie kann es sich im Februar 1946 nur

darum gehandelt haben, die Jungen aus den Förderkursen herauszuholen zur Arbeit im Bergbau. War doch die Kohlennot die schwerste Sorge der ersten Nachkriegsjahre, und sie konnte nach der begründeten Ansicht des Landesarbeitsamtes nur behoben werden, wenn mehr, viel mehr Arbeiter Kohle förderten. Ob schon im Februar 1946 Oberst Thompson und General Chadwick von der Militärregierung in Münster hinter Halfell und dem Landesarbeitsamt standen, läßt sich aus den zugänglichen Quellen nicht feststellen; es ist aber kaum anzunehmen, daß die beiden deutschen Stellen ohne Einverständnis der Abteilung manpower der Militärregierung zum Angriff ansetzten.

Nach der oben erwähnten Tagung der Unterhaltsträger höherer Schulen am 9. April 1946 schickte der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen-Lippe am 12. April einen Bericht seines Mitarbeiters Dr. Herwegen an die Abteilung für höhere Schulen, der vom 13. April datiert ist. Ohne auf die unwichtige Diskrepanz der Datierung einzugehen, müssen an dieser Stelle zwei Abschnitte aus den umfangreichen Denkschriften Herwegens ihren Platz finden, weil sie in die drängende Problematik der Bildungspolitik und der wirtschaftlichen und sozialen Faktoren einführen, die eng miteinander zusammenhängen. Zunächst ein Passus aus dem Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamtes vom 12. April 1946:

„Das Landesarbeitsamt macht die Schulbehörde darauf aufmerksam, daß die englische Militärregierung von sich aus ein Ausleseverfahren handhabt, indem sie dem Landesarbeitsamt Anordnungen gibt bezüglich der Auswahl von Studenten, nunmehr auch bezüglich der Auswahl von Personen über 18 Jahren. Wenn die Schulbehörde ein Ausleseverfahren der zur Oberschule hindrängenden Jugend nicht handhaben will, dann wird ohne Zweifel ein Ausleseverfahren der Arbeitsbehörde auferlegt. Die Studentenauslese ist den Arbeitsämtern schon übertragen worden (Entscheidungs-Ausschüsse unter Vorsitz des Arbeitsamtsleiters), andere Entscheidungs-Ausschüsse müssen folgen, wenn die Schulbehörde aus sich nicht in Beachtung eines Nachwuchsplanes Auslese vornimmt.“

Im Bericht über die Tagung vom 9. April referiert Dr. Herwegen unter dem Datum des 13. April zum Punkte 2) der Tagesordnung: „Lehrermangel und Schülerandrang“ u. a. über seine eigene Rede:

„Der Schülerandrang sei gewaltig. Das bedeute aber keineswegs nur eine Schätzung der Bildung (bei 9jährigen Buben käme das wohl kaum besonders in Betracht), sondern der Schülerandrang sei eine Frage der Wünsche der Eltern, und bei den Eltern sei es keineswegs immer eine Schätzung der Bildung, sondern weitgehend eine Flucht vor dem Einsatz in Arbeit und Berufe, die unbeliebt seien. Die Oberschulen seien Zubringeranstalten für die Bildung, die die einzelnen Berufe notwendig hätten. Jeder Beruf müsse seinen Nachwuchs bekommen. Diese Nachwuchslenkung sei heute empfindlich gestört. Volle Freiheit werde nicht möglich sein.

Ich sei erstaunt, daß keiner der Unterhaltsträger über Finanzen gesprochen habe. Deutschland lebe noch in alten Illusionen. Ich sei überzeugt, daß die Finanzminister, sobald sie anfangen zu arbeiten, gründlich mit dem Blaustift auch im Schulwesen zusehen würden.

Die Oberschule sei im Kern immer gedacht als Bildungszubringeranstalt für die akademischen Berufe. Wir ständen schon heute vor der Tatsache eines starken

akademischen Proletariats. Ein Überfließen der akademischen Berufe bedeute eine Fehlinvestierung. Deutschland müsse sich in der Wertung geistiger Dinge umstellen. Bildung sei allerdings erwünscht. Bildung werde aber nicht nur vermittelt durch allgemeinbildende Schulen: auch Handelsschulen, Berufsschulen, Berufsfachschulen verbreiteten Bildung. Hoffentlich kämen wir auch zu anderen Wegen, um denen, die nicht die Akademie besuchen könnten, Bildung zuzuführen. Für Deutschland sei es notwendig, vorab mal die Auffassung zu bekommen, daß auch in den anderen Berufen geistige Leistungen notwendig wären und Bildungselemente wünschenswert wären. Der Bergmann brauche kein ungebildeter Mensch zu sein. Auch bei der Bergbauarbeit, wenn sie produktiv sein soll, sei ein starker geistiger Einschlag notwendig.

Die Nachwuchslenkung auf Grund eines Nachwuchsplanes sei ein dringendes Erfordernis. Aber schwieriger noch als der Nachwuchsplan sei das Problem der Auslese. Mit Erschrecken hätte ich gehört, daß die Oberschulen praktisch stärker besetzt werden sollten, als wie es sogar in den letzten Jahren üblich war. Die Schulbehörde habe bei einer Aussprache Landesarbeitsamt und Schulbehörde doch die Zusage gegeben, daß man zu den Ziffern von 1932 zurückkehren wolle.“

Die Ausführungen Herwegens sind in einiger Breite wiedergegeben, weil sie deutlich den Reflex der wirtschaftlichen Lage auf den geistigen Sektor spiegeln. Es handelt sich hier um Notizen eines Mannes, welcher der Expansion der höheren Schulen steuern, ihnen aber auch in seinem Sinne gerecht werden wollte.

Wenn auf der Tagung vom 9. April 1946 noch Unsicherheit wegen der Auslese mit Recht herausgehört werden konnte, so war das begreiflich; denn damals begannen die höheren Schulen Westfalens ja eben wieder, mit Krücken zu gehen. Auch Ostern 1946 strebten wir bei der Aufnahme der Sextaner schon eine positive und negative Auslese an, aber ein Rezept für den Hausgebrauch gab es noch nicht. Erst in den nachfolgenden Jahren wurde es entwickelt und verfeinert; doch wird es nie ein fehlerloses Verfahren da geben, wo die Eignung von jungen Menschen für das Arbeiten „in wissenschaftlicher Absicht“ festgestellt werden soll, sei es nun im 10. oder im 13. Jahre.

Das Landesarbeitsamt aber dachte, um die wachsende Schülerzahl zu verringern, an gelenktes Drosseln, an einen Planmechanismus und einen numerus clausus bei den höheren Schulen und Universtitäten.

Jeder sah, wie stark das Eindringen von Kindern der Vertriebenen aus dem Osten war, wie viel Menschen wieder nach Westfalen zurückkehrten, wie viele vom linken Rheinufer einströmten, wie manche Eltern, besonders auf dem Lande, ihre Kinder zum Gymnasium schickten, weil eine Mittelschule am Orte nicht vorhanden oder ihnen deren Funktion im Aufbau des Bildungswesens unbekannt war.

An den Hochschulen des Landes konnte man einen numerus clausus proklamieren; in Münster führte man ihn durch, indem eine Kommission, bei der auch Herwegen mittat, versuchte, die nach Begabung und Haltung Besten herauszufinden. Dabei kam es gelegentlich zu Grotesken in Frage und Antwort, weil Herwegen von der Schwierigkeit der Auslese, von ihren psychologischen Voraussetzungen und Methoden nicht genügend wissen konnte.

Nützlich und vom Kerne her richtig war es, daß die Universität Münster von denen, die immatrikuliert werden wollten, verlangte, daß sie zuvor ein Vierteljahr an der Entrümmung des Schlosses, des künftigen Zentrums der Universität, mitarbeiteten.

Was war aber bei den höheren Schulen zu tun? Herwegen hielt an ihnen Aufklärungsvorträge über „schöne“ und „schmutzige“ Berufe, besonders über die Notlage im Bergbau. Er hielt sie, wo er nur mochte, und hinter ihm stand die Macht der englischen Militärregierung (Abt. manpower, Oberst Thompson, General Chadwick), welche „Entscheidungsausschüsse“ unter Vorsitz des Arbeitsamtsleiters forderte und durchsetzte.

Diese Kräfte hatten entgegen der ursprünglichen Absicht Herwegens im Sinne, die Jungen nach Muskelkraft auszulesen. Andere wirkten ihnen entgegen: Die Abteilung für höhere Schulen, besonders Oberschulrat Dr. Bohlen, und der Regierungspräsident Freiherr von Oer mit dem Oberpräsidenten.

Wie bedrohlich die Lage im Sommer 1946 war, ergibt sich aus einem Schreiben des Verfassers an den Generalreferenten für Inneres, Dr. Walter Menzel, vom 20. Juli 1946:

„1. Vor etwa 14 Tagen teilte ein Beamter des Landesarbeitsamtes Herrn Oberschulrat Dr. Koch mit, es wäre ein Befehl der Militärregierung zu erwarten, nach dem die älteren Schüler der höheren Schulen Westfalens aus diesen Schulen herausgezogen würden zu Arbeiten im Bergwerk.

2. Gleichzeitig mit dieser Ankündigung kam ein Bericht von einer höheren Schule Paderborns, der die Mitteilung des Beamten vom hiesigen Landesarbeitsamt bestätigte. Nach dieser Meldung war das Arbeitsamt in Paderborn schon dabei, die Geburtenjahrgänge 1926—28 der dortigen Schule zu erfassen.

3. Gestern brachte die hiesige Militärregierung — Edn — das Gespräch auf diese Angelegenheit: Die höheren Schulen müßten die Forderung der Wirtschaft nach Kohle und Bergwerkarbeitern unterstützen.

4. In einer Aussprache mit dem Vertreter des hiesigen Landesarbeitsamtes habe ich betont, daß, wenn der Forderung der Militärregierung, die älteren Jungen aus den höheren Schulen herauszuholen, stattgegeben werden müsse, dann gleichzeitig eine Auslese stattzufinden habe in dem Sinne, daß möglichst die besonders für die höheren Schulen Qualifizierten auf ihr verbleiben.“

Die Umstände verlangten also einen schnellen Gegenangriff. Schon am 20. Juli und am 12. September 1946 waren die Schulen vom Schulkollegium „auf bevorstehende Maßnahmen der Arbeitsämter zur Erfassung von Schülern“ hingewiesen worden. Am 25. September wurde angeordnet, daß an jeder Schule nach eingehenden Beratungen die Schüler in drei Gruppen eingeteilt werden sollten:

- „a) Schüler, die für den gewählten Bildungsgang auf der höheren Schule zweifellos voll geeignet sind;
- b) Schüler, die für die Fortsetzung ihrer Schulbildung geeignet erscheinen;
- c) Schüler, die nicht unter Gruppe a) und b) fallen.

Für die Schüler der Gruppe b) ist dabei eine Rangordnung aufzustellen.“

Prompt führten die Schulen die Anordnung durch, die geistig Geeigneten wie die Ungeeigneten wurden benannt, und dem Landesarbeitsamt war der

Wind aus den Segeln genommen, obwohl am Ende nur eine geringe Zahl von Schülern als ungeeignet ausscheiden mußte.

Ohne Aufhebens und Schriftwechsel wurde ohne den Willen der Militärregierung in Westfalen und Nordrhein überall wieder die 9. Klasse, die Oberprima, aufgestockt.

Die Militärregierung nahm diese Aufstockung hin; sie machte ja nur eine nationalsozialistische Maßnahme rückgängig. Die Oberprima war viel mehr ein Jahr der Zusammenschau und der Besinnung als ein Jahr des Lernens, sie verwirklichte praktisch das vielberedete *studium generale*. In dieser Sicht war sie unentbehrlich, und ihre Rettung muß als Erfolg nicht nur für Nordrhein-Westfalen angesehen werden.

### 10. Armut und Reichtum im täglichen Leben der westfälischen höheren Schulen

Wollte einer in der deutschen Geschichte nach Parallelen suchen zu dem, was in den früheren Abschnitten an geschichtlicher Aussage über Zusammenspiel und Widerspiel von Deutschen und Briten steckt und sich mit stets labiler Rechtsgestalt bewegte, so fände er sie wohl nicht.

Das gilt auch für die Schulen draußen in dieser Zeit. Wie ging es an ihnen zu?

Nur wenige Schulgebäude waren teilweise oder ganz erhalten, die meisten waren von den Bomben vernichtet, nur Schutt und Asche war von ihnen übrig geblieben; Goldraute und anderer Wildwuchs hoben sich aus den Bergen von Trümmern, zu Kummer oder Trost derer, die auf den zerstörten Pfaden dazwischen gingen. In den noch halbwegs benutzbaren Räumen hatten sich Stücke kommunaler oder staatlicher Verwaltungen eingenistet, längst, ehe die höheren Schulen Erlaubnis bekommen hatten, wieder an die Arbeit zu gehen. Diese Verwaltungsstellen ließen sich oft weder durch geduldiges Verhandeln noch feste Worte dazu bewegen, abzuziehen. Sie hatten die Ratten fast verjagt und Drahtglas an die Fenster genagelt. Auch bei gutem Willen fanden sie keine andere Unterkunft; ein gemeinsamer Druck der Schülereltern fehlte noch. Besonders in den Ruinen der Ruhrgrößtstädte, aber auch in Münster, war man ratlos.

So teilte der Direktor oder stellvertretende Leiter seine Schule auf oder er „verlagerte“ sie in die Nähe der Großstadt. Da war ein Progymnasium in einer Kleinstadt weggefegt worden; in vier Gasthäusern mußte unterrichtet werden. In Bad Oeynhausen war fast die ganze Stadt durch die Besatzungsmacht mit Stacheldraht eingezäunt worden, und das Gymnasium wanderte in ein Dorf aus, das ein paar Kilometer entfernt war. Immer wurde, je mit verschiedenen Klassen, morgens und nachmittags gearbeitet, manchmal auch sogar in drei Gruppen während eines Tages, und die Mädchen der Spätgruppe hatten Grund, sich abends auf dem Wege nach Hause zu fürchten. Schnell stellte sich das passende Wort ein: Schichtunterricht. Es blieb nicht aus, daß man mit diesem Worte als etwas Gewohntem um-

ging. Jeder mußte doch erkennen, daß es eben nicht anders ging. So viel Unabwendbares in diesem Terminus stecken mag: nur der Historiker kann heute die Breite und Tiefe der täglichen Not ermessen, die der Schichtunterricht über Seele, Geist und Leib der jungen Generation viele Jahre hindurch, ein nie errechenbares Unheil, gebracht hat.

Hart war der Winter 1945/46, härter noch der folgende. Die Leute im Ruhrgebiet wohnten über der Kohle und froren. Die Ernährung blieb armselig, wenn auch die wenigen Zeitungen statistisch zu beweisen suchten, die Vitaminzahl reiche aus. Die Jungen und Mädchen froren und hungerten, wenn sie um 8 Uhr oder 14 Uhr oder auch um 17 Uhr zu dem Getrümmer liefen, das sie „ihre Schule“ nannten. Die Briten suchten zu helfen, ihre Hilfe blieb aber ein Tropfen in einer Wüste und versickerte. In kalten Zimmern wurden Prüfungen abgehalten, vielleicht fanden sich zwei elektrische Heizsonnen, und das Licht kam abends einmal von vier Kerzenstümpfen, die ein findiger Hausmeister besorgt hatte. Aber den VEW konnte nichts *supra posse* zugemutet werden, und bei einer langen Eröffnungsrede des Verfassers im Februar 1946 für die Pauliner in der damaligen Stadthalle an der Neubrückenstraße zu Münster blieb das Licht vier Minuten weg, die Rede aber floß indessen munter oder auch ernst fort in die formlose Finsternis, in einen düsteren Sack voll Publikum hinein, während die Hörer warteten, ob denn der tapfere Redner nicht doch steckenbliebe, oder auch seinen Worten nachsannen.

Papier, Hefte, Federn und Bleistifte waren damals Wertsachen, und die Schulaufsichtsbehörde in Münster stellte einen Kaufmann ein, der in Verbindung mit der Militärregierung diese Kostbarkeiten kaufen und auf die Schulen verteilen sollte. Franz Stumpff war dieser erste Kaufmann seit 1825 in der Behörde, die trotz aller Wandlungen immer noch Provinzialschulkollegium genannt wurde (PSK), und er tat als „Beschaffungsstelle“ sein Bestes, um die große Not an kleinen Dingen zu lindern.

Aber Lehrbücher fehlten! Bis zu zwanzig langen Listen an erlaubten Büchern stellten die Briten gemeinsam mit deutschen Pädagogen für ihre Zone zusammen, aber die dort genannten Bücher waren im Buchhandel, der damals kaum funktionierte, nicht zu haben, und einige hatten auch geringen Wert. Daß die Bücher aus der Nazizeit verboten waren und darüber hinaus die, welche militaristischen Charakter haben sollten, braucht nur deshalb erwähnt zu werden, weil die guten und rechten Absichten der Engländer sich nicht selten ins Grotteske überschlugen: ein griechisches Lehrbuch sollte deshalb eingestampft werden, weil darin stand: „im Kriege müssen die Soldaten tapfer sein“.

Geschichtsunterricht durfte zunächst gar nicht erteilt werden, dann, nach dem üblichen Hin und Her, nur in alter Geschichte, in der auch nicht immer die Guten belohnt und die Bösen bestraft werden.

In unseren Märchen, an denen die Briten Anstoß nahmen, ging's am Ende freilich so zu, daß die Guten belohnt wurden, aber diese Märchen gaben doch in ihren Gruselgeschichten und dem Mythos von der bösen Stiefmutter Anlaß zur Kritik.

Ohne Buch zu lehren und zu lernen, war eine neue, fremde Kunst. Lehrer und Schüler fanden selber Methode, Technik und Stil dieser Kunst, freilich nicht immer musterhaft. Aber Lehrer und Schüler dieser Jahre wollten sich durchbeißen und ließen nicht locker, aus den Schulstunden möglichst viel herauszuholen. Gab's für Englisch und Französisch keine Bücher, nun, so wurde desto mehr in der Fremdsprache geredet und interpretiert, ein ungeahnter Erfolg der direkten Methode. Wir zollten der Findkraft eines Physikers, Chemikers oder Biologen Achtung, die ihre Geräte mit den einfachsten Mitteln und ohne Hilfe gebastelt und gebaut hatten.

In mancher Klasse hatte es der Religionslehrer schwer, weil er wie zu Zeiten Winfrieds und Liudgers auch vor ungetauften Kindern stand, die noch keine Bibel in der Hand gehabt hatten.

In den Jahren 1945/46 und den nachfolgenden Jahren lag die Entscheidung über den rechten Erfolg der Schularbeit beim Lehrer, bei seiner Geduld, Liebe und Festigkeit, seinem Wissen und Können. Die Schüler auf den wackligen Stühlen an Gartentischen mußten Wissen erwerben, um zu erkennen, um geistige Menschen zu werden. Das waren hohe Forderungen nach den zwölf Jahren geistwidriger Brutalität. Für die Lehrer und älteren Schüler war es eine beglückende Erfahrung, daß man nun wieder miteinander ohne den Vorsichtsfiler der vergangenen bösen Jahre sich aussprechen konnte und daß es für solche Gespräche keine andere Grenze gab als das gemeinsame Suchen nach der Wahrheit. Das tiefe Atemholen nach dem Zusammenbruch half für eine Zeitspanne, über das gesetzte Maß hinauszuwachsen und zu handeln; gewiß, im Gesamtvolumen der Lehrer und Schüler bildeten solche Menschen nicht die Mehrzahl.

Ein seltener Glücksfall war es, wenn ein alter Lehrer der Schule bei deren Wiedereröffnung sich prompt entnazifiziert an seine Arbeit machen konnte. Viele Lehrer sickerten langsam aus französischer, englischer oder amerikanischer Gefangenschaft nach Hause. Es dauerte eben lange, bis die Leute aus den USA usw. sich überzeugt hatten, daß die sog. Gefangenen der Rats-Klasse, also Studienräte, Gerichtsräte, Bauräte nicht berufsmäßige Nazis gewesen sein mußten.

Von den russischen Kriegsgefangenen kam damals kaum einer heim.

Auf vielen, die zu Hause geblieben waren, lastete der Kummer um nahe Verwandte, die beim Bombenkrieg zu Tode gekommen waren, um Gefallene, um das zerschlagene Haus. Auf jeder deutschen Familie lastete ein solches Schicksal, auch auf den Lehrern und Schülern, und sie gingen an ihre Arbeit wie die anderen Beladenen, wehen Herzens und zähen Willens.

Schon seit dem Sommer 1945 kamen zu den einheimischen Lehrern die Vertriebenen aus den östlichen preußischen Provinzen und Flüchtlinge aus der russisch-besetzten Zone, bei denen damals nicht eben häufig unmittelbare Gefahr für Leib und Leben bestand. Da kamen Berliner, Saarländer, auch Rückwanderer aus Übersee.

Fast jeder „Fall“ lag anders, die vorläufigen rechtlichen Generalnormen reichten nicht aus, die Flüchtlinge mit rechten Zeugnissen oder auch ohne Papiere an die richtige Stelle zu bringen und zu betreuen, zumal solche, die vordem eine Planstelle innegehabt hatten. Bitterkeiten konnten auch an den Schulen zwischen den von ungefähr zusammengewehrten Lehrern nicht ausbleiben, die da auf engem Raume gemeinsam wirken sollten. Es war sinnlos, jemanden als Lehrer an einen Platz zu schicken, wo er nicht mindestens eine Behelfswohnung fand. Konnte ihm die Stadt wenigstens eine solche bieten? Manche behelfen sich lange Zeit hindurch mit einer armseligen Schlafstelle, die sie sich selber gesucht oder geschaffen hatten.

Mit Achtung sehen wir auf die vielen Hunderte von Flüchtlingslehrern aus den Ostprovinzen, die keine „Beziehungen“ und gar nichts zum Tauschen besaßen und sich trotz nackter Existenznot wacker in die neue Schule einzufügen versuchten. In diesem Zusammenhange müssen drei Punkte beachtet werden:

1. In Westfalen hatte man, aufs ganze gesehen, für die Not der Vertriebenen Verständnis und Herz, mehr wohl als in anderen deutschen Ländern, wie der Dezernent für die Vertriebenen, Oberschulrat Bruchmann, der selber aus Schlesien stammt, bezeugt. Man rückte zusammen, ohne Zorn, und die Westfalen behielten auch dann ihre ererbte Ruhe, wenn einmal ein Ostdeutscher befördert wurde.

2. In der Notzeit und auch später gab's bei den Lehrern eigentlich keine Disziplinarfälle. Ein paar Betrugereien mit gefälschten Papieren wurden aufgedeckt, aber ihre Zahl war geringer als die der Finger an einer Hand.

Die Berichte der Direktoren über die Arbeit der ostvertriebenen Lehrer lauteten fast alle günstig; hatten die neuen Lehrer doch manches Anregende, Ungewohnte, Auffrischende mitgebracht, mit dem man sich auseinandersetzen mußte.

3. Es fehlte 1945 nicht an Stimmen, die meinten, die Jugend aus der Zeit von etwa 1923 ff. werde ohne Halt, ohne Disziplin, ohne das Bewußtsein fester Werte sein. Diese Jugend ist ohne Unterlaß analysiert und seziert worden mit dem erfreulichen Ergebnis, daß die Behauptungen sich durchaus widersprachen.

1946 gingen die Jungen und Mädchen willig wieder an die ihnen unbekannt gewordene Schularbeit heran; sie wollten ein sicheres Wissen erwerben über Menschen und Dinge, ohne die Rosenbergschen Tiraden, ohne die tödlichen Entstellungen des Unmenschen. Diese Schüler, zumal die Förderkursisten fügten sich ohne weiteres der Autorität eines Lehrers und der Sache, eines Lehrers, der ohne Getue und Gerede ihnen helfen wollte, den sie als wahrhaftig erkannten und anerkannten. Auch wenn sie die Schule nicht liebten, arbeiteten diese Jungen und Mädchen hart.

Manchmal hatte das Schicksal ihr junges Gesicht gezeichnet, oft war ihre Jugend darüber Sieger geblieben. Sie hatten alle den Krieg erlebt, hatten fast alle im Feuer gestanden als Flakhelfer und -helferinnen in den Bombennächten, als Soldaten an manchen Rändern Europas; da waren Offiziere, die sich schon ans Befehlen gewöhnt hatten, Mädchen von

jenseits der Weichsel, die unter die Russen geraten waren und davon nicht loskonnten, mit ruhlosen Augen und fahrigten Händen, 25jährige, der eine ohne Arm, der andere ohne Bein — manche waren davongekommen, aber wer sah ihr verborgenes Leid?

Es lohnte sich, in einer besonderen Arbeit einmal die sog. Lebensläufe der Förderkursisten kritisch auszuwerten, die sie vor der Prüfung einzuzeichnen hatten.

Unter diesen Schülern waren schon Persönlichkeiten, und am Ende der Kurse war es Aufgabe der Prüfer, Reifekriterien zu finden, die nur hier gerade für diesen jungen Menschen galten, ohne dem abfragbaren Wissen unzeitgemäße Wichtigkeit beizumessen, damals als noch keiner vom Lebensstandard sprach und Geistiges als hoher Wert erkannt wurde. Damals gab es auch überall verstreut ein ganz kostbares: Dankbarkeit.

Blieb aber ein Rest: die von der nationalsozialistischen Zeit und ihren Lehren Infizierten hatten die geschichtliche Aufgabe, mit ihrer und ihres Volkes Vergangenheit fertig zu werden, nur zurückgestellt.

## 11. Die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Sommer 1946 hörte man Gerüchte über eine staatliche Neugliederung der britischen Zone; als sie wirklich wurde, kam sie den meisten doch überraschend, fast bestürzend:

„Am 18. Juli gab . . . die Militärregierung bekannt, daß von der Londoner Regierung das *Land Nordrhein-Westfalen* durch den Zusammenschluß der beiden Provinzen Nordrhein und Westfalen gebildet sei. Der Schritt der Londoner Regierung erging gewiß *auf Grund der außenpolitischen Lage*, wie diese sich ihr *hinsichtlich des Ruhrgebietes* darstellte, und unabhängig von der deutschen Diskussion über diese Frage, aber doch nicht ohne Kenntnis von den bestehenden Gemeinsamkeiten . . ., freilich in vollem Gegensatz zu der Stellungnahme der westfälischen Provinzialregierung<sup>6</sup>.“

Die deutsche Abteilung für höheres Schulwesen hatte für ihre Schulen gearbeitet; Politik im engeren Sinne hatten ihre Beamten nicht getrieben, weil ein Befehl der Militärregierung ihnen diese Tätigkeit verbot; als später dieses Verbot aufgehoben worden war, beschränkten sie sich im ganzen auf ihre Arbeit in der Behörde, so daß ihnen ein unmittelbarer Einfluß auf Staat und Gesellschaft nicht gerade leicht wurde.

Im Herbst 1946 blieb die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen noch ohne nachhaltigen Einfluß auf die Arbeit der Behörde. Die Tätigkeit der Provinzialregierung war durch die Bildung des Landes praktisch beendet; de jure wurden die Oberpräsidien von Nordrhein und Westfalen erst durch Verordnung vom 20. Oktober 1946 aufgelöst. Die Zeit war zu Ende, in der die Abteilung für höheres Schulwesen in der Provinzialregierung Westfalens letzte deutsche Instanz unter dem Oberpräsidenten war.

<sup>6</sup> Vgl. K. Zuhorn, Zur Vorgeschichte der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen in: Westfälische Forschungen herausg. von Franz Petri, 8. Bd. 1955, Aschendorff. Kursiv Gedrucktes bei Z. gesperrt.

*Abschrift*

Der Oberpräsident  
der Provinz Westfalen  
Generalreferat VIII C  
1 a Gen S II a

Monatsbericht September 1946  
Höhere Schulen der Provinz Westfalen

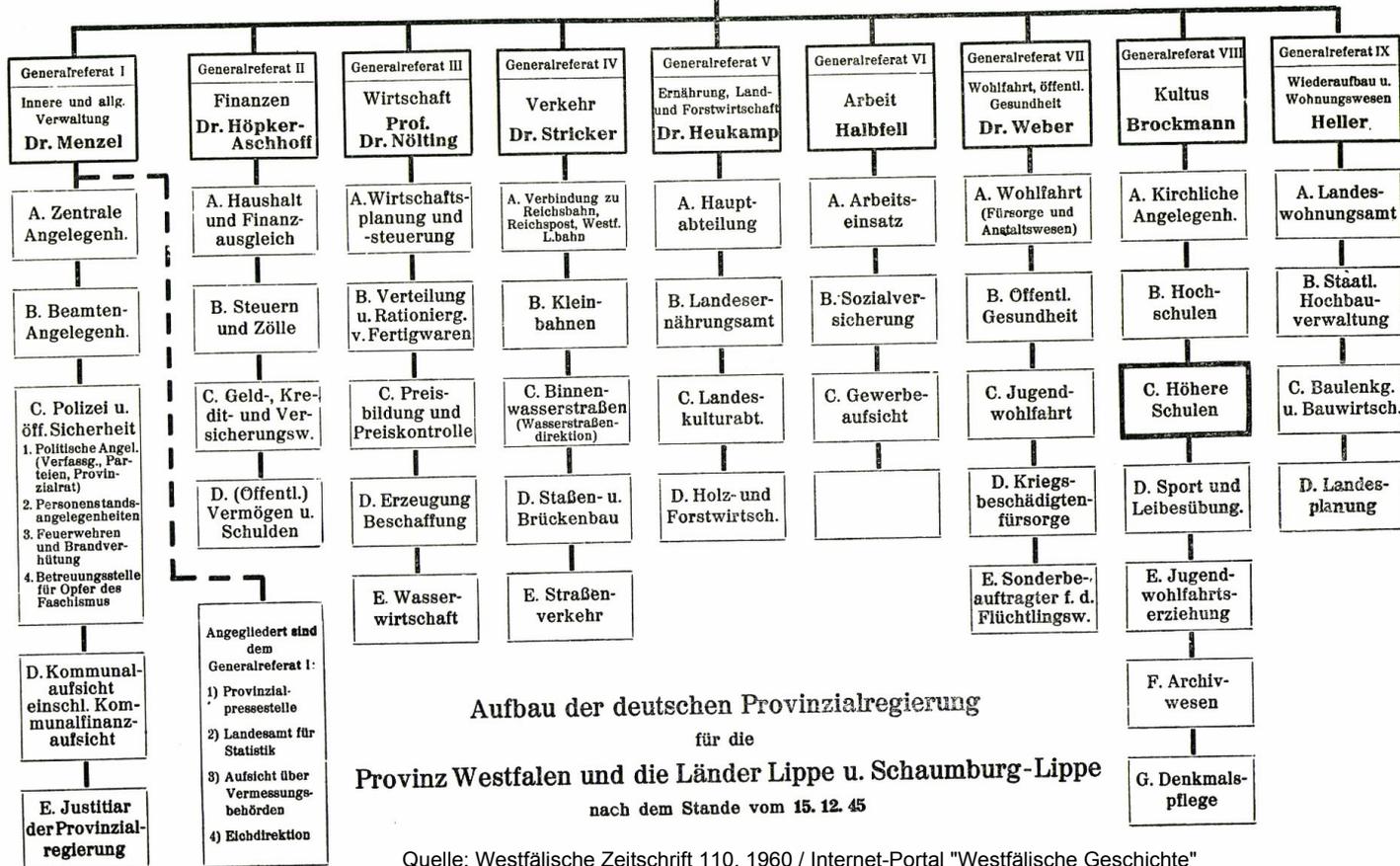
<i>Regierungsbezirk</i>	Münster		Minden		Arnsberg		total	
<i>a) Schulen</i>								
1. Zahl der eröffneten Schulen:	53		39		97		189	
2. Gebäude, die für andere als Schulzwecke verwendet werden:	12		13		15		40	
3. Gebäude, die augenblicklich repariert werden:	14		2		21		37	
4. Gebäude, die reparaturbedürftig sind, die aber jetzt noch nicht repariert werden:	8		12		15		35	
<i>b) Schüler und Schülerinnen</i>								
	m	w	m	w	m	w	m	w
1. Zahl der Schüler, die vollen Unterricht haben:	4 078	2 693	2 451	2 427	4 626	5 605	11 155	10 725
2. Zahl der Schüler, die gekürzten Unterricht haben:	8 083	6 286	5 172	3 857	17 940	9 379	31 195	19 522
3. Zahl derer, für die noch keine Vorkehrungen getroffen worden sind:	—	—	30	123	847	100	877	223
<i>c) Lehrer und Lehrerinnen</i>								
1. Zahl der genehmigten Lehrer und Lehrerinnen:	416	295	252	189	636	455	1 304	939
2. Zahl der genehmigten, aber noch nicht beschäftigten Lehrpersonen:	7	9	2	5	22	27	31	41
3. Zahl derjenigen, deren Fragebogen eingereicht, aber noch nicht geprüft worden sind:	50	13	54	19	132	49	236	81
4. Zahl der bis jetzt entlassenen Lehrer (-innen):	79	29	72	23	212	53	363	105
5. Zahl der Lehrer (-innen), die bei vollem Unterrichtsbetrieb außer den bereits genehmigten noch benötigt werden:	107	47	120	32	308	80	535	157

**Oberpräsident Dr. Amelunxen**

Ständiger Vertreter (Regierungspräsident)  
Frh. von Oer

Hauptgeschäftsstelle:

Persönlicher Referent:



## Aufbau der deutschen Provinzialregierung

für die

## Provinz Westfalen und die Länder Lippe u. Schaumburg-Lippe

nach dem Stande vom 15. 12. 45

Quelle: Westfälische Zeitschrift 110, 1960 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"

URL: <http://www.westfaelische-zeitschrift.lwl.org>